



4. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 24. November 2016 von 09:00 bis 16:15 Uhr

PROTOKOLL

Teilnehmeranzahl (*Liste in Anlage*): mehr als 110 Vertreterinnen und Vertreter von Interessen-gruppen, Verbänden, Ländern und Kommunen, verteilt auf 16 Bänke, sowie Vertreter(innen) der Bundesregierung.

Bezeichnungen der Bänke im Protokoll:

1. Gebäude-, Wohnungswirtschaft, Private Haushalte: „Gebäude“
2. Bundesländer: „Länder“
3. Verkehr: „Verkehr“
4. Energiewirtschaft: „Energie“
5. Gewerbe, Handel, Dienstleistungen: „GHD“
6. Wirtschaft allg. und Industrie: „Wirtschaft“
7. Verbraucher-und Mieterschutz: „Verbraucher “
8. Abfallwirtschaft und übrige Emissionen: „Abfallwirtschaft“
9. Kommunen: „Kommunen“
10. Umwelt- Natur- und Klimaschutz: „Umwelt“
11. Finanzsektor, Banken: „Finanzen“
12. Gewerkschaften, Sozialverbände: „Gewerkschaften“
13. Wissenschaft: „Wissenschaft“
14. Entwicklungszusammenarbeit: „Entwicklung“
15. Land- und Forstwirtschaft: „Land & Forst“
16. Mittelstand, KMU, Handwerk: „Mittelstand“

Inhalt

TOP 1: Begrüßung durch Herrn Staatssekretär Flasbarth	3
TOP 2: Klimaschutz in KMU und Handwerk	5
TOP 3: Präsentation „Wirtschaftliche Bewertung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ von PricewaterhouseCoopers.....	22
TOP 4: Klimaschutzbericht 2016	32

TOP 1: Begrüßung durch Herrn Staatssekretär Flasbarth

An dieser Sitzung nimmt eine neue Bank teil: Finanzen.

- Der Klimagipfel in Marrakesch (COP22) ist Anfang dieser Woche zu Ende gegangen, nach dem großen Klimagipfel im Paris mit einem neuen Klimaabkommen, welches in diesem Jahr eine einzigartige Entwicklung hinter sich hat: Frühzeitige Ratifizierung und Inkrafttreten in Rekordgeschwindigkeit.
- Zentrale Frage in Marrakesch war: Wie schaffen wir Transparenz im neuen Regelwerk, um ein level playing field zu erreichen? Schließlich handelt es sich bei den Minderungsbeiträgen der einzelnen Staaten um freiwillige Beiträge bei gleichzeitig jedoch völkerrechtlich verbindlichen Zielen. Das heißt, die Staatengemeinschaft muss nun die Frage beantworten, wie künftig sichergestellt wird, dass jedes Land die zugesagten Minderungsbeiträge auch tatsächlich erbringt.
- Auch war auch das Ergebnis der Wahl in den USA Thema: So ist unklar wie sich die USA in Zukunft in Bezug auf Klimaabkommen verhalten werden. Die Konferenzteilnehmer wirkten insgesamt jedoch unbeeindruckt. China und Brasilien haben deutlich gemacht, dass sie zu dem nun beschlossenen Klimavertrag auch in Zukunft stehen werden.
- Die COP22 war eine Umsetzungs-Konferenz, auf der insbesondere viele Partnerschaften initiiert wurden und die insgesamt übergreifend inspirierend wirkte, um den Klimavertrag wirksam zu machen. Diese Aufbruchsstimmung ist ein wichtiges Signal, da die Aufgaben auf nationaler Ebene nicht leicht sein werden, Deutschland ist aber auf dem richtigen Weg.
- Ein Thema der heutigen 4. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz ist der Klimaschutzbericht. Der Klimaschutzbericht soll im Dezember im Kabinett verabschiedet werden. Er dient dazu, den aktuellen Umsetzungsstand der Maßnahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz abzubilden, d.h. sowohl zu beschreiben wo wir stehen als auch klar zu benennen, welche Minderungswirkungen mit den einzelnen Maßnahmen bis zum Jahr 2020 zu erwarten sind.
- Das Aktionsbündnis Klimaschutz ist im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 (APK) entstanden. Das APK ist das größte Klimapaket, das von einer Regierung je aufgelegt wurde. Die positive Entwicklung auch durch die Zusammenarbeit mit allen Akteuren zeigt, dass die Maßnahmen des Aktionsprogramms wirken: Durch die Maßnahmen werden 44 bis 56 Mio. t CO₂ bis 2020 eingespart. Es muss aber auch eingestanden werden, dass dies unterhalb des ursprünglich vorgesehenen Beitrags in

Höhe von 62-78 Mio. t CO₂ liegt. Gleichwohl können wir unser Ziel für das Jahr 2020 noch erreichen. Dafür muss die Lücke geschlossen werden und insbesondere müssen weitere Potenziale erschlossen werden, mit deren Hilfe noch im größeren Umfang Emissionen reduziert werden können.

- In der langfristigen Perspektive des Klimaschutzplans 2050 ist das Aktionsprogramm ein bedeutender Meilenstein. Der Klimaschutzplan zeigt, wie Deutschland eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 erreichen kann. Dabei ist die Festlegung von Zwischen-zielen für das Jahr 2030 wichtiger Bestandteil des Klimaschutzplans. Das mit dem Energie-konzept der Bundesregierung im Jahr 2010 beschlossene Reduktionsmindestziel von 55% wurde auf Sektoren heruntergebrochen. Diese Sektorziele unterliegen Überprüfungs-klauseln.
- Die Bedeutung einzelner Sektorziele wird im diesjährigen Klimaschutzbericht am Beispiel des Sektors Verkehr deutlich. Hier zeigt sich, dass die aktuellen Erwartungen zu den Einsparungen noch hinter dem Ziel liegen – nach aktuellem Stand unter 1 Mio. t CO₂ statt 7 bis 10 Mio. t CO₂ bis 2020. Hier ist noch erheblicher Nachholbedarf. Dies kann auch be-deuten, dass an einer anderen Stelle zusätzlich eingespart werden müsste. Letztlich gilt im Hinblick auf das Ziel im Jahr 2020, dass die Maßnahmen ergriffen werden sollten, die am schnellsten und damit am wirkungsvollsten einer Zielerreichung dienen. Diese Maß-nahmen zu identifizieren ist die Aufgabe, vor der wir nun stehen.
- In der heutigen Sitzung wird zudem eine Studie, die von PricewaterhouseCoopers erstellt wurde, zur wirtschaftlichen Bewertung des APK vorgestellt und Ergebnisse diskutiert. Die Studie unterstreicht gerade die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen ambitionierten Klimaschutzes und setzt damit ein Ausrufungszeichen: Mit den Maßnahmen des APK wer-den 430.000 Beschäftigungsjahre kreiert, also 430.000 Arbeitsplätze im Jahr 2020.
- Neben den bereits angesprochenen Themenschwerpunkten (PwC-Studie und Klima-schutzbericht), hat auch für diese Sitzung wieder eine Bank einen gemeinsamen Beitrag erarbeitet. Hierfür ausdrücklichen Dank meinerseits an die Bank Mittelstand-Handwerk-KMU, an deren ersten Sprecher ich hiermit gerne das Wort weitergebe.

TOP 2: Klimaschutz in KMU und Handwerk

Vorstellung eines Themenpapiers durch die Bank „Mittelstand“

Person/ Institution	Vortrag
Mark Becker Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	<p>Einführung und Präsentation des Themenpapiers</p> <ul style="list-style-type: none">• In Vertretung von Dr. Armin Rockholz (DIHK).• Präsentation auf Basis eines Papiers, das von der Bank gemeinsam erarbeitet wurde.• Um auch das teils heterogene Meinungsbild der Bank darzustellen werden im Folgenden mehrere Sprecher der Bank sich zu einzelnen Themenfeldern äußern.• Rolle des Mittelstands in Deutschland: Über 99% der Unternehmen erfüllen die gängige KMU-Definition.• Es zeigt sich, dass KMU in der gesamten Wertschöpfungskette eine entscheidende Rolle innehaben mit bspw.: Industrienahen Dienstleistungen und im verarbeitenden Gewerbe. Unterstützt wird diese Rolle durch die Anzahl der sogenannten hidden champions: Je nach Definition gibt es in Deutschland ca. 1.300 mittelständische Unternehmen, die als hidden champions bezeichnet werden. Zum Vergleich: in den USA erfüllen nur etwa 400 Unternehmen diese Definitionen.• KMU tragen über Initiativen und Maßnahmen zum Klimaschutz in Deutschland und zu den definierten Klimazielen bei, wie die nachfolgenden Beispiele noch zeigen werden. <p>10 zentrale Punkte aus dem erstellten Themenpapier (Präsentation)</p> <ol style="list-style-type: none">1. <u>Wettbewerbsfähigkeit erhalten</u>: Hohe Priorität, da KMU einen stabilen Rahmen benötigen, um Investitionen zu tätigen und darüber hinaus auch F&E-Lösungen zu entwickeln.2. <u>Energiewende mittelstandsfreundlich gestalten</u>: Durch den weiteren Ausbau und die Integration der erneuerbaren Energien in das Energiesystem könnten für den Zeitraum 2016 bis 2025 zusammengenommen Zusatzkosten in Höhe von bis zu 100 Mrd. Euro anfallen. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind sogenannte Vollzahler. Beispiel KWKG-Novelle: Künftig ist die KWK-Umlage von den Unternehmen (bis auf wenige Ausnahmefälle) in voller Höhe zu entrichten. Die Folge ist, dass beispielsweise ein mittelständisches Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit einer Stromabnahme von 10 GWh im Jahr mit zusätzlichen Kosten von 40-70.000 EUR rechnen muss. Der Anstieg der EEG-Umlage zum 01. Januar 2017 führt für dieses beispielhafte Unternehmen zu Zusatzkosten von noch einmal ca. 50.000 Euro im Jahr. Durch den notwendigen Ausbau der Stromnetze sind weitere Aufschläge auf den Strompreis zu erwarten.3. Dabei gelten die derzeitigen Ausnahmeregelungen allerdings in erster Linie für Großverbraucher.

Person/ Institution	Vortrag
	<p>4. <u>Technologieoffenheit und Innovationsförderung</u>: Dies ist ein allgemeiner Wunsch der Bank, denn Unternehmen benötigen für F&E ein stabiles Umfeld.</p> <p>5. <u>Information und Beratung steigern</u>: In KMU ist Interesse und auch die Bereitschaft vorhanden, mehr für Klimaschutz zu tun. Allerdings führen verschiedene Faktoren und Hemmnisse dazu, dass Energieeffizienz- oder Ressourceneffizienz-Maßnahmen nicht immer umgesetzt werden. Aus Sicht der Bank sind mögliche Gründe unter Verweis auf die Hemmnis- und Umsetzungsanalyse der Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz (MIE): 1) fehlende/nicht-optimale Ausgestaltung von (Förder-)Angeboten, und 2) Informationsdefizite: Oftmals sind Entscheidungen über Investitionsmaßnahmen und der Überblick über bspw. Energieverbräuche abhängig von einzelnen Personen. Personelle Kapazitäten müssen ausgeglichen werden; hierfür gibt es bereits erste gute Ansätze gemeinsame u.a. mit dem BMUB, die es gilt fortzuführen.</p> <p>6. Zum aktuell diskutierten Grünbuch Energieeffizienz des BMWi sei anzumerken, dass gemäß der bereits genannten Analyse die Ursache der darin erwähnten zukünftig begrenzten Wirkung von Förderprogrammen weniger an dem Instrument, sondern vielmehr an der Ausgestaltung der Förderprogramme (Voraussetzungen u.a.) liege.</p> <p>7. <u>Energieeffizienz wirtschaftsverträglich entwickeln</u>: Für die überwiegende Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen ist die Erzeugung und Verwendung von Energie Mittel zum Zweck, nicht Kerngeschäft. Das IHK-Energiebarometer 2016 hat ergeben, dass 2014 ein Drittel der Unternehmen Einsparpotenziale von 5 Prozent in den kommenden fünf Jahren gesehen hat. 2016 haben dies nur noch ein Viertel der Unternehmen an. Es wird also bereits etwas getan, die „low-hanging fruits“ werden genutzt. Aber: Die Grenzkosten von Energieeffizienzinvestitionen steigen, der Grenznutzen sinkt. Man muss an-erkennen, dass bei KMU Effizienz-Maßnahmen oft in Konkurrenz zu anderen Investitionen stehen.</p> <p>8. <u>Eigenerzeugung stärken</u>: Eigenerzeugung stößt im Mittelstand auch als klimapolitische Maßnahme auf großes Interesse. Allerdings sieht sich der Mittelstand hier ausgebremst. Die letzten Anpassungen des EEG und KWKG machen Eigenerzeugungslösungen für KMU wirtschaftlich zunehmend unattraktiv.</p> <p>9. <u>Bürokratiekosten vermeiden</u>: Bürokratie wird als besondere Belastung wahrgenommen, da der Aufwand aus Umsetzungsmaßnahmen und -pflichten weiter zunimmt. Die Verständlichkeit vieler Regelungen nimmt gleichzeitig weiter ab. Dabei vermitteln alle Branchen und Unternehmensgrößen ein ähnliches Bild, wobei kleine und mittlere Unternehmen besonders betroffen sind, denn im Mittelstand stehen nicht die für eine intensive</p>

Person/ Institution	Vortrag
	<p>Auseinandersetzung erforderlichen personellen Kapazitäten zur Verfügung.</p> <p>10. <u>Energieauditpflicht verhältnismäßig ausgestalten</u>: Das Problem ist der Betroffenenkreis: Wie viele Institutionen (bewusst gewählter Begriff) von dieser Regelung betroffen sind, ist bis heute nicht bekannt. Durch die einfache Umkehrung dieser Definition (wer die Kriterien nicht einhält, gilt automatisch als "großes" Unternehmen und ist somit verpflichtet) fallen viele Unternehmen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, die für sich genommen die Schwellenwerte der KMU-Definition einhalten, aber über Verflechtungen mit anderen Unternehmen den KMU-Status verlieren. Ähnlich verhält es sich mit Unternehmen, an denen öffentliche Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts mit mehr als 25 Pro-zent beteiligt sind. Die Anwendung dieser KMU-Definition, die originär beihilferechtlichen und nicht energiepolitischen Hintergrund hat, führte vielfach zu Verwirrung, da sie nicht dem deutschen Verständnis und der Einordnung zahlreicher Betroffener als „mittelständisches Unternehmen“ entspricht. Der im DEL-G definierte Unternehmensbegriff sollte an die eigentliche Zielsetzung angepasst werden. Weiterhin sollte die Verpflichtung zum Energieaudit an den Energieverbrauch geknüpft werden.</p> <p>11. <u>Unbürokratische Befreiung von Emissionshandel</u>: Art.27 der Emissionshandelsrichtlinie sieht Opt-out-Option für Kleinanlagen vor. Berichtspflichten bestehen jedoch für alle betroffenen Unternehmen. Als Folge haben selbst die Kleinemittenten nichts davon, da der erhebliche Aufwand aus der Berichtspflicht bestehen bleibt. Stattdessen sollten KMU tatsächlich und unbürokratisch vom Emissionshandel befreit werden.</p> <p>12. <u>Klimaschutz weltweit gestalten – Umweltexport stärken</u>: Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele können nur leistungsfähige Unternehmen beitragen. Auch mittelständische Unternehmen (Verweise auf den Greentech-Atlas) können hierbei Export von Know-how und Umwelttechnologie unterstützen. Dies gilt es weiter voranzubringen, um den Export generell zu stärken und gute Beispiele/Technologien weltweit zugänglich zu machen. Damit verbunden sind auch eine Vorreiterrolle und ein Signal, dass eine Energiewende nicht die Minderung wirtschaftlicher Fähigkeit bedeutet. Darüber hinaus werden auch neue Märkte für deutsche Unternehmen erschlossen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das gemeinsam innerhalb der Bank Mittelstand-Handwerk-KMU erarbeitete Themenpapier wird auf Basis der Diskussion der Sitzung überarbeitet, dem BMUB zur Verfügung gestellt und anschließend veröffentlicht.
Judith Röder DER MIT- TELSTANDS-	Zum Mittelstandsverbund: über 300 Verbundgruppen aus verschiedenen Branchen des Mittelstands (Verbraucherseite) und historisch als Einkaufsgenossenschaften gegründet. Heute über gemeinsamen Einkauf hinaus, Zusammenarbeit innerhalb des

Person/ Institution	Vortrag
VERBAND (ZGV)	<p>Mittelstandverbundes in Form gemeinsamer Marken, Qualifizierung von Mitarbeitern. Rechtsform ist meist Genossenschaft, aber nicht immer. Da Verbundgruppen z.T. im Eigentum der mittelständischen Unternehmen sind, besteht eine große Verbundenheit, wodurch der Verbund passgenaue Unterstützung z.B. bei der Energieberatung durch Kenntnisse der Branchen liefern kann.</p> <p>Abgeschlossenes Projekt: Mittelstand für Energieeffizienz (Präsentation)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Laufzeit 4 Jahre: Anfang 2012 - Anfang 2016 • Ziel übererfüllt: CO₂-Ausstoß sollte um 5700 t CO₂ reduziert werde, tatsächlich wurden über 6600 t CO₂ eingespart. • Energiekosten konnten signifikant gesenkt werden und über 1.400 Betriebe sensibilisiert und auch Mitarbeiter in den Betrieben erreicht werden. • 700 Energieberatungen wurden durchgeführt. • Dreistufige Beratung: 1.Potenzialerhebung, 2. Initialberatung, 3. Detailberatung. • Die Umsetzung wurde erfasst und die Ergebnisse gemessen. Die Umsetzung selbst wurde zudem finanziell unterstützt. • Folgende Lerneffekte für zukünftige Projekte ergaben sich: <ul style="list-style-type: none"> ○ <u>Flexibilität notwendig</u>: Im Vergleich der erzielten Ergebnisse mit den getroffenen Annahmen der Beratungsphase zeigten sich Unterschiede. Oftmals wurden die Beratungsstufen unterschiedlich abgearbeitet, z.B. wurde die Initialberatung übersprungen und direkt in die Detailberatung und Umsetzung eingestiegen. Aus der Tatsache, dass dennoch das Ziel übererfüllt wurde lässt sich schließen, dass eine hohe Flexibilität bei der Ausgestaltung der (Förder-)Instrumente angestrebt werden sollte, um flexibel auf Markt und Unternehmensnachfrage reagieren können. ○ <u>Programme brauchen Laufzeit und Verstetigung, um im Markt wirken zu können</u>: Dies gilt insbesondere bei der Umsetzung, da das Ziel und die Umsetzung von Energieeinsparung in der Regel nicht zu den Kernaufgaben der Unternehmen zu rechnen sind. • Verstetigung hat stattgefunden durch Implementierung des FORUMs Klima und Energie, sowie des Energiebeirats bei INTERSPORT Deutschland. <p>Neues Projekt: Klimaprofi für den Mittelstand (Präsentation)</p> <ul style="list-style-type: none"> • seit Anfang 2016 • Ziel: bis 2019 rund. 8.200 t CO₂ über Energie- und Ressourceneffizienz (Abfallvermeidung, Verhalten der Mitarbeiter) einzusparen, neben) • Planung: 250 Umsetzungsmaßnahmen in fünf verschiedenen Pilotbranchen (nur KMU). Die konkrete Umsetzung ist zunächst nicht weiter festgelegt, soll aber zu einer spürbaren CO₂-reduktion führen. Gleichzeitig soll damit ein aktiver Bei-trag zur Betriebskostensenkung erfolgen.

Person/ Institution	Vortrag
	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuell: Erforderliche Personalstellen für Energieberater wurden ausgeschrieben. Inzwischen werden Mitarbeiter bereits geschult, erste Beratungen haben stattgefunden. • Klimaschutzberatung umfasst: 1) Kostenlose Vor-Ort-Begehung zu Themen wie Gebäude, Mitarbeiterverhalten, Abfallvermeidung, 2) Maßgeschneiderter Bericht, der vor Ort erläutert wird; umsetzbare Maßnahmen werden besprochen und 3) passgenaue Maßnahmen umgesetzt. • Bsp. Apotheke (4 Standorte): Effiziente Beleuchtung durch Beratung: geringe Kostenauswirkung, aber im Sommer Reduzierung der Notwendigkeit einer Klimatisierung (verringerte Wärmeabgabe durch LED-Einsatz). Weitere Themen waren u.a. der Einsatz von Elektroautos im regionalen Lieferdienst, Fahrgemeinschaften der Mitarbeiter, Wassereinsparung.
<p>Michel Durieux Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Das Handwerk trägt nicht nur durch Energieeffizienz-Maßnahmen, sondern auch durch Dienstleistungen beim Kunden zum Klimaschutz bei. Es beinhaltet qualitativ hochwertige und aktuelle Aus- und Weiterbildungen und engagiert sich in zahlreichen Energieeffizienz- und Klimaschutzinitiativen. <p>Beispiele für Beitrag des Handwerks zum Klimaschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiative Energieeffizienz-Netzwerke (BMW i und BMUB): 80% der Betriebe haben bis zu fünf Mitarbeiter. Der Aufwand ist betriebswirtschaftlich kaum darstellbar. Die Kosten der Teilnahme müssen sinken, um Anreiz zu steigern. Die in der vergangenen Woche beschlossenen Energieeffizienz-Netzwerke für kleine Unternehmen sind ein guter Weg dahin. • Beim Stromsteuerspitzenausgleich können Förderprogramme Entlastung bringen. • Beispiel für unmittelbare CO₂-Einsparung beim Endkunden: Der Bundesverband Druck und Medien unterstützt CO₂-Emissionsreduktion durch Kompensation. • Bau, Ausbau, anlagentechnische Werke: anspruchsvolle Qualitätssicherung, Bildung, Beratung. Zusammen mit BMW i „Handwerksinitiative EE“ mit Maßnahmen zur Fortentwicklung der Aus- und Weiterbildung. Handwerk hat anlassbezogen den häufigsten Kundenkontakt, dieses Potenzial gilt es zu nutzen. So setzen jetzt bereits Schornsteinfeger gezielte Impulse im Bereich Energieeffizienz. • Mittelstandsinitiative Energiewende (ZDH und DIHK): Gefördert durch BMW i und BMUB aus Sicht des ZDH: <ul style="list-style-type: none"> ○ Projektphase Energieeffizienz im Handwerk 2013-2015: <ul style="list-style-type: none"> ▪ bis zu 1.500 Betriebe kontaktiert ▪ 7 Umweltzentren des Handwerks haben als Entwicklungswerkstätten Energieeffizienz-Instrumente entwickelt ▪ Leitfaden Energieeffizienz im Handwerk erstellt, online verfügbar.

Person/ Institution	Vortrag
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beraterplattform: betriebswirtschaftliche Berater hier angeschlossen, Zugriff auf Instrumente. ▪ Werkzeugkoffer: Sensibilisierungs-Messinstrumente, auf spezifische Gewerke angepasst. ▪ Energieeffizienz-Videos entwickelt, online verfügbar. ○ 2. Projektphase seit Anfang 2016: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Roll-out der Maßnahmen: 7 Entwicklungswerkstätten werden zu Transferwerkstätten, Mitarbeitende der Handwerkskammern vermitteln Instrumente (Multiplikatoreffekt) ○ Energiebuch für Handwerker (Februar 2017): geeignet, um Betrieb hin zu mehr Energieeffizienz zu begleiten. Basierend auf den Vorgaben SpaEfV.
Christoph Petri DIHK	<p>Aktueller Stand Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz aus Sicht des DIHK</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung Vorhaben Energie-Scouts: <ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung für Auszubildende zur Identifikation von Energiepotenzialen in Unternehmen. Inzwischen in 51 IHK-Bezirken, mit mehr als 2.500 Auszubildenden in mehr als 800 Unternehmen. • Konkrete Umsetzungen: Auch komplexere Themen wie Druckluft, Prozesswärme und anlagentechnologische Veränderungen. Dies führte z.T. auch zu Produktinnovationen, die patentiert wurden. • Aktuell wird die Projektphase 2013-2015 evaluiert. • Vorstellung Vorhaben Effizienz-Innovatoren (Umsetzung 2017): <ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund begrenzter Kapazitäten soll Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und KMU gefördert werden. Soll als Vermittler/Plattform für Studierende dienen, ihre Arbeiten in KMU zu konzeptionieren und zu schreiben, bis hin zur Umsetzung. • Bis 2018 wird dies im Rahmen eines Pilotprojektes in 7 IHK-Bezirken umgesetzt, mit dem Ziel von mindestens 70 Abschlussarbeiten. Geschätzt scheinen Einsparungen von 150-200 t CO2 pro Projektarbeit möglich. • Mobilität: Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. In Zusammenarbeit mit BAUM e.V. und zwei Hochschulen sollen ab nächstes Jahr Mitarbeiter zu Mobilitätsmanager/innen qualifiziert werden, die in der Praxis Mobilitätskonzepte für Unternehmen entwerfen. Begleitet wird dies durch einen Praxisleitfaden, der gerade fertiggestellt und am 9.12.2016 in einem Webinar vorgestellt wird. Bis 2018 sollen mindestens 200 Mobilitätskonzepte entstehen. • Webseite: Praxisleitfäden zu Mitarbeitermotivation Klimaschutz, zu Mobilitätsmanagement sowie Informationen zu Ergebnissen der Mittelstandsinitiative zu finden.

Person/ Institution	Vortrag
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Dank an alle Vortragenden. Der Tenor ist, Belastungen zu vermeiden, damit der Mittelstand zum Klima-schutz beitragen kann. Es bleibt weiterhin festzustellen, dass bereits viele konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden, vor allem im verbrauchernahen Bereich.</i></p>	

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Staatssekretär Jochen Flasbarth

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Übergreifend		
Kommunen	Cornelia Rösler Deutsches Institut für Urbanistik	<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßt, dass Bänke ihre Bedenken offenlegen. • Konkreter sollte auf die Wünsche und Erwartungen der vortragenden Bank an die anderen Bänke eingegangen werden. Was können danach andere Bänke leisten, wo ist Unterstützung nötig?
Umwelt	Martin Wittau Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutz ist deutlich mehr als Energieeffizienz. • Inwiefern sind die Projekte bzw. der Beitrag des Mittelstands zukunftsorientiert (Innovationsprozesse, Ressourcenverbrauch). Gibt es Initiativen?
Wissenschaft	Dr. Peter Moser Institut dezentrale Energietechnologien (IdE)	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle internationale Entwicklung: Im Kontext von Marrakesch ist eine Vision wie der des Klimaschutzplans 2050 nötig. Dies ist auch wünschenswert für KMU und Mittelstand: Was wäre ihre Vision, ihr klimaneutrales Werk? • Der von Christoph Petri beschriebene Ansatz ist gut, aber es bedarf stärkerer Tiefe. Zum Beispiel an den Hochschulen: Was wären visionäre Ansätze in der Tiefe? • Leitfäden sind gut, aber best practice-Beispiele sollten nicht nur kommuniziert und vorgestellt, sondern z.B. auch durch Selbstverpflichtung umgesetzt und im Anschluss evaluiert werden.
Energie	Tara Nitz Verband der Chemischen Industrie e.V.	
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Das DIHK-Papier wird im Anschluss an die Sitzung aktualisiert und zur Verfügung gestellt.</i>		
Kommunen	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Wunsch für zukünftige Sitzungen: Mehr über strukturelle Fragen diskutieren als einzelne Projekte vorzustellen. • Einzelne Aspekte der Präsentation (DIHK) sollten nochmals hervorgehoben werden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Eigenstromerzeugung ist auch für KMU interessant. Dies wäre ein Lösungsansatz, damit nicht

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>nur größere Betriebe von Entlastungen profitieren. Die vollständige Befreiung der KMU von der EEG-Umlage ist allerdings keine Option, da sonst alle Kosten auf die Endverbraucher umgelegt würden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Historische Förderung von PV: Industriestruktur und regionale Wertschöpfungsförderung stellte eigentlich eine „win-win“-Situation dar, da die Industrie und Region profitierte. ○ Weitere Möglichkeiten zur Entlastung KMU wäre, die Netzzumlage durch Speicherförderung zu senken und damit insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden
Umwelt	Danny Püschel NABU Bundesgeschäftsstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Was ist die Vision der Bank Mittelstand? • Inhaltliche Frage: Die EU hat sich auf Klimaschutzziele bis 2030 geeinigt. Es herrschen überall gleiche Wettbewerbsbedingungen – warum soll es also überhaupt Nachteile geben?
BMWi	Dr. Alexander Renner BMWi	<ul style="list-style-type: none"> • Statt der KMU-Regelung auf die Verbrauchsseite abzielen wird mitgenommen, aber es gibt eine klare Regelung durch die Richtlinie, weshalb derartige Änderungsvorschläge generell schwierig sind. Aktuell erfolgt aber die Novellierung der EED (zusammen mit der Gebäuderichtlinie (EPBD)). Hier sollte zunächst die erste Veröffentlichung abgewartet werden. • Bei der Mittelstandsinitiative wurden eingangs sehr kritische Aspekte vorgetragen, obgleich andererseits die konkreten Beispiele positiv überraschen. Dies zeigt, dass es bereits viele Initiativen im Bereich der KMU, auch übergeordnete. Bei der Vernetzung gilt es noch einiges zu verbessern, Ansätze wie der der Hochschulkooperation sind unterstützenswert.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> • •Qualifizierung ist aus Sicht des BMWi von großer Bedeutung: Für die Expertenliste (BAFA-Vorort-Beratung) ist eine Öffnung bei gleichbleibender hoher Qualität hin zu qualifizierten Handwerkern, gezielt für einzelne Gewerke, wichtig. Dies bietet Unabhängigkeit. • Förderinitiative in-house: Alle Förderprogramme werden aktuell nach Synergien und Dopplungen durchleuchtet. Die Ergebnisse sollten der Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden. • Ziel wäre der erwähnte One-Stop-Shop: Zum Beispiel könnten aus Sicht BMWi im Rahmen der Kampagne „Deutschland macht's effizient“ viele Förderprogramme gebündelt werden.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Der One-Stop-Shop ist ein Ziel der betroffenen Ministerien. Aber schon heute zeigt das Beispiel Mittelstandsinitiative, dass auch über Verbunde, eine Bündelung über Ministerien hinweg erfolgen kann.</i></p>		
<p>Qualifizierung von Beratern</p>		
Gewerkschaften	Reinhard Benhöfer Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Evangelischen Kirche Deutschlands	<ul style="list-style-type: none"> • Trotz Energieberatung zeigt die Qualität des Handwerks im Bereich TGA viele Defizite. Sie wirken fortbildungsresistent und die Arbeit zeigt geringe Qualität (Bsp. Heizungssteuerung). • Wunsch: Qualität im Handwerksbereich, besonders in der TGA, muss deutlich gesteigert werden.
Energie	Wulfe Binde Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Um die zusätzliche Anforderungen an handwerkliche Betriebe aufzufangen, ist insbesondere die Energiewirtschaft als Partner gefragt. Bank Energie ist ebenfalls für Input dankbar. • Angebot/Frage der Bank Energie an Mittelstand: KWK soll vorangebracht werden. Handwerk/KMU wird als aktiver Partner benötigt im Hinblick auf Anlagen und Wartung. In der Vergangenheit gab es jedoch große Probleme bei der Qualifizierung. • Interesse des Handwerks/KMU als Akteure für KWK sollte größer werden. • Aktuell sind nur 5% der Handwerksbetriebe hinreichend qualifiziert, KWK-Anlagen anzubieten. • Unterstützung zur Qualifizierung wird es künftig auch vom Bundesverband KWK geben.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Energie	Jürgen Kukuk Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. (ASUE)	<ul style="list-style-type: none"> • Schon heute ist das Finden von qualifizierten Handwerkern für Energieeffizienz-Maßnahmen ausgesprochen schwierig. Dies stellt ein hohes Investitionshemmnis dar. • Es fehlt dramatisch an Nachwuchs bzw. qualifizierten Mitarbeitern. Die Regierung muss hier ebenfalls fördern, sonst wird die nicht ausreichende Qualifikation zum Nadelöhr der Energiewende. • Andererseits kann dieser „Handwerkermangel“ auch zu einer Stärkung von auf Contracting ausgerichtete Unternehmen führen.
Energie	Dr. Volker Bartsch Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)	<ul style="list-style-type: none"> • Nachwuchsförderung ist dringend nötig. • DVGW fördert bereits Ausbildungen für das Gas- und Wasserfach. • Einheitliche und qualifizierte Ausbildungen von Energieberatern nötig, ansonsten wird das Berufsbild beschädigt und die Akzeptanz sinkt. • Klimaschutz ist mehr als Energieeffizienz: Der Begriff Erdgas sollte neu definiert werden, da Gas inzwischen auch 100%ig grün sein kann (Bsp. Regionen in Norddeutschland).
Beratung		
Land & Forst	Guido Seedler Deutscher Raiffeisenverband e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • eilt in weiten Teilen die seitens DIHK vorgetragene Aspekte. • Vor allem die Punkte Wettbewerbsfähigkeit erhalten und Innovation und Beratung intensivieren: • In der Land- und Forstwirtschaft gibt es viele kleine Betriebe, meist mit weniger als 30 Mitarbeitern. Energie(effizienz)- bzw. Klimaschutzkompetenz ist dort kaum vorhanden. • Es besteht hoher Beratungsbedarf insbesondere bei der Antragsberatung. Dies bezieht sich nicht nur auf Energie, sondern auch Abfall und Wassermanagement, wie z.B. Stoffströme analysieren und Prozesse optimieren.
Wirtschaft	Wolfgang Saam Klimaschutz-Unternehmen e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt eine strukturelle Herausforderung bei KMU/Mittelstand, aber auch viele lobenswerte, virulente Initiativen, die es zu fördern gilt. • Strukturelle Herausforderung: Das Informations- und Beratungsangebot

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>braucht Kontinuität. Qualitätsstandards müssen gewahrt sein. Für KMU sollten vereinfachte Antragsvoraussetzungen gelten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Insbesondere für Kleinstunternehmen wären steuerliche Sonderabschreibungen denkbar. • Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen gilt es abzustimmen, z.B. betriebliche Mobilitätskonzepte/Impulse der Regierung: Was gibt es schon in den Kommunen (z.B. Pendelkonzepte). • Positiver Punkt: KMU haben beschränkte Kapazitäten aber auch fundamentale strukturelle Eigenschaften, die nützlich sind. Hierzu zählen geringer Abstimmungsbedarf, hohe Umsetzungsgeschwindigkeit und -freude. Sie sind meist inhabergeführt weshalb häufig alleine schon aufgrund einer Überzeugung und weniger unter dem Aspekt der Kostengehandelt wird. KMU zeigen zudem eine große Affinität zur Eigenerzeugung, was sichtbar gemacht werden soll. Hier gilt es Potenziale zu nutzen.
Verbraucher	Lukas Siebenkötten Deutscher Mieterbund e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Im Eingangsvortrag von Herrn Flasbarth wurde etwas euphemistisch dargestellt, wie der Kampf im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzplans zwischen den Sektoren ablief. • In welchem Umfang geht die Bank Mittelstand das Thema Gebäude im Klimaschutz an? • In der Energieberatung gibt es nicht unbedingt ein Konkurrenzproblem zwischen Verbraucherzentrale und privaten Beratern. • Das wesentliche Problem in der Energieberatung ist vielmehr, dass kein konsequentes Monitoring zwischen Planung und Ergebnis stattfindet. • Energieausweise und Berichte liefern keine ergebnisorientierte Messung. Dies ist insbesondere für Mieter interessant, da sie an den Kosten beteiligt werden.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth zu Siebenkötten: Für die heutige Sitzung wurde kurzfristig das Thema Gebäude von der Tagesordnung genommen. Dies steht im Zusammenhang mit dem kürzlich verabschiedeten</i></p>		

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
<p><i>Klimaschutzplan 2050 das offensichtlich zu Irritationen in der Immobilienwirtschaft zum Minderungsziel für den Sektor Gebäude geführt hat. Das Emissionsbudget wurde für den Sektor Gebäude auf 70 bis 72 Mio. t CO2 festgelegt. Damit liegt er im Bereich dessen, was im Projektionsbericht für das Jahr 2030 vorhergesehen wird.</i></p>		
Kommunen	Andreas Bleschke Landkreis Teltow-Fläming	<ul style="list-style-type: none"> • KMU haben einen hohen Anteil an Energie-/Heizverbräuchen und Energieberater suchen solche Unternehmen. • Der letzte Impuls nach der Energieberatung fehlt, z.B. über Vernetzt-Begehungen: Best practice Unternehmen in der Region, die gemeinsam mit Energieberatern von anderen vergleichbaren Unternehmen besucht werden. Kommunen könnten Netzwerkgründungen unterstützen. • Wenn ein Vorbild vorhanden ist, dann gibt es eher Nachahmer.
Förderprogramme und Kosten		
Gebäude	Benjamin Weismann GiH Gebäudeenergieberater Ingenieure Handwerker – Bundesverband	<ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramme sind inkohärent und nicht aufeinander abgestimmt, was auch für Gebäude gilt. • Die KfW sollte Töpfe einheitlicher gestalten, damit Endverbraucher eine Stetigkeit erwarten können. • One-stop-shop: Es ist nicht wichtig, woher die Gelder kommen. Wichtiger ist die Vereinheitlichung der Förderprogramme, da selbst für Energieberater schwierig zu verstehen. • An Michel Durieux: Gebäude-Energieberatung sollte ausweitert werden, da aktuell unter 10.000 Beratungen pro Jahr durchgeführt werden. Beratung muss unabhängig sein aber auch andere Berufsgruppen zulassen. • An Judith Röder: Kostenlose Initialberatung sind auch im Wohnungs- und Nichtwohnungsbereich relevant. Verbraucherzentralen leisten viel (z.B. Solar-Checks), sollten aber nicht zu weit in das Feld der freien Marktwirtschaft eindringen. Insgesamt Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Förderung verhindern.
Verkehr	Dr. Stefan Wöhrl Verein deutscher Automobilindustrie (VDA)	<ul style="list-style-type: none"> • Kommentar an Mark Becker: Problem der Unternehmen sind die aus ihrer Sicht hohen Kosten der Energiewende (vor allem Netzentgelte). Hier sollten die Kosten begrenzt werden.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Antworten der Bank Mittelstand		
Mittelstand	Mark Becker DIHK	<ul style="list-style-type: none"> • An Tara Nitz: Die Bank Mittelstand hatte keine ordnungsrechtlichen Maßnahmen gefordert. • Allgemein: Wünsche an andere Banken werden in der Überarbeitung des Papiers berücksichtigt. • Generell gilt es aus Sicht der KMU, dass die Zusammenarbeit mit Kommunen gestärkt werden muss (z.B. baurechtliche Genehmigungen, ÖPNV/Mobilitätsmanagement). • An Andreas Bleschke (u.a.) Vernetzung zum Austausch von best practice findet bereits statt (bspw. Initiative Energieeffizienz-Netzwerke seit Ende 2014), u.a. mit 21 Wirtschaftsorganisationen und -verbänden. Die Initiative läuft in Kooperation mit der Bundesregierung. • Allgemein zur Vision des Mittelstands: Unternehmen agieren als Nachfrager, aber auch als Akteur. Eine gemeinsame Vision für die mehr als 3,6 Mio. Unternehmen ist schwierig. Es wird bereits viel unternommen. Die Frage ist vielmehr, in welchem Kontext dies geschieht.
Mittelstand	Judith Röder ZGV	<ul style="list-style-type: none"> • An Tara Nitz: Es gibt keinen Studiengang „Klimaschutzberater“ für sämtliche Bereiche und dies ist vermutlich auch nicht möglich. Bislang entstammen alle aus technischen Studiengängen/Ausbildungsberufen (Ingenieurwesen, Architektur, etc.) und stellen damit ein breites Spektrum an Kompetenzen dar. Sie gilt es in anderen relevanten Bereichen (BWL, etc.) zu schulen.
Mittelstand	Michel Durieux ZDH	<ul style="list-style-type: none"> • Zu hydraulischem Abgleich/Heizungskontext: Dies ist aufwändig, komplex und kostet damit Geld. Wenn jemand bereit ist, das zu bezahlen, wird es auch angeboten. Kürzlich hat der Bund ein Förderprogramm aufgelegt, um genau hier die richtigen Impulse zu setzen. Wünschenswert wäre es, wenn bestehende Ansätze des Handwerks berücksichtigt würden. • Zu Qualifizierung Handwerk (bezüglich Heizung): Die sächsischen Handwerkskammern, der Fachverband

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Sanitär Heizung Klima Sachsen und die sächsische Energieagentur haben den "Energieeffizienz-Handwerker SHK" entwickelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • An Wulf Binde: KWK ist eine zentrale Technologie und wird gerade auch bzgl. Eigenverbrauch diskutiert. Nur ein geringer Anteil von 5% der Betriebe ist qualifiziert, um KWK zu planen, installieren und zu warten. Diese 5% entsprechen aber wahrscheinlich der Nachfrage am Markt. Bei rückläufiger Förderung wird dies sinken. Gerne kann der Mittelstand mit den Anbietern Konzepte entwickeln (SHK, Elektrobereich etc.), um Technologien am Markt zu platzieren. • Zu Jobpotenzial (PwC-Studie): Sind auch genügend Handwerker vorhanden? Es gibt aktuell eine Image-Kampagne der ZDH, um Schüler für Handwerksberufe zu begeistern. Aufgrund der Akademisierung gibt es aber ein Nachfrageproblem. Gerade für gut ausgelastete Betriebe stellt dies ein Wachstumshemmnis dar. Strukturell sollte daher die duale Ausbildung verstärkt in den Fokus rücken, um Tätigkeiten im kleinen Handwerksbetrieb attraktiver zu machen. In den nächsten Jahren werden über 100.000 Handwerksbetriebe übergeben – dies allein sollte einen hohen Anreiz für junge Leute darstellen. • An Dr. Volker Bartsch zum Energiebuch: Biogas wird gerne mit aufgenommen.
Mittelstand	Christian Thomschke ZIV Schornsteinfe- gerhandwerk	<ul style="list-style-type: none"> • An Benjamin Weismann und Lukas Siebenkötten: 14 Mio. Gebäude werden jährlich durch Schornsteinfeger wiederkehrend begangen, das sind etwa 30 Mio. Wohnungen. Das macht u.a. über 15 Mio. Gasöfen, 5,6 Mio. Ölöfen, 800.000 Feststoff, und 500.000 Kaminöfen. Es gibt über 28.000 ausgebildete Energieberater im Handwerk. Wir müssen an Fahrt aufnehmen, um nicht das Klimaziel 2020 zu verfehlen. • Zu Beratung: Vor-Ort-Beratung und Sanierungsfahrplan sollten aufgeweicht und nicht nur für

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Ingenieure, sondern auch für andere Berufsgruppen finanziert werden. So ist es auf dem Land eher der Handwerksmeister des Vertrauens, der die Anstoßberatung geben kann und bei wiederholten Besuchen aushilft (KfW-Anträge etc.). Er kann am Ende die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen.</p>
<p>Übergabe der Moderation von Staatssekretär Flasbarth an Herr Dr. Sach (Abteilungsleiter der Abteilung Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales). <i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i> <i>Lokale Beratung ist wichtig. Wir teilen den Zukunftspessimismus so nicht.</i></p>		
Mittelstand	Dieter Kuhlenkamp Bundesvereinigung Bauwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Zu Beratung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Die Bauwirtschaft beschäftigt seit 1995 Gebäude-Energieberater und hat bis heute über 28.000 Personen qualifiziert, die Gewerke-übergreifend beraten. Handwerker werden Anlassbezogen angesprochen. ○ Es gilt, die Beratungsbasis zu verbreitern: Berater zu Gebäudemaßnahmen sollten auch Impulse zum Thema Energieeffizienz geben können. Dies gilt auch für Schornsteinfeger. ○ Es ist bereits eine Grundlage geschaffen, um die Anzahl der kompetenten Berater zu erweitern. Eine sechswöchige Fortbildung bietet eine qualifizierte Ausbildung, auch für Meister. ○ Mehr Kontrolle bei/nach der Ausführung: Eigentlich gibt es keinen Anlass für Betriebe, nicht das umzusetzen, was der Kunde möchte. Noch mehr Ordnungsrecht ist eigentlich nicht notwendig. • Zu Investitionsentscheidung: Dem Beratenden muss ein Modernisierungskonzept vorgelegt werden („Sanierungsfahrplan“) und die Qualifizierung von Anfang an darauf ausgelegt sein. Jedes Gewerk ist beim Sanierungsfahrplan gefragt. Und wenn wir schon vom mündigen Bürger sprechen, dann noch viel mehr von mündigen Gebäudeeigentümern zum Thema Investitionen.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i> Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Endnutzer die entscheidende Rolle innehat aber auch im Bereich der KMU es Beratungs- und Ausbildungsbedarf gibt (z.B. für neue Technologien). Es existiert eine große Fortbildungsbereitschaft im KMU-Bereich, es wurden also bereits Fortschritte erzielt.</p> <p><i>Es ist erfreulich, dass Anregungen aufgenommen werden. Es gilt hier auch auf die Zeitspanne des Handelns zu achten: Wir sitzen hier, um Lösungen zu finden, um die 2020- und 2030-Ziele zu erreichen. Auch der Klimaschutzplan 2050 liegt bereits vor und bis 2018 muss das dazu gehörende Maßnahmenprogramm erarbeitet werden. Input von den Banken wird gebraucht, wie wir mehr zusammenarbeiten können.</i></p>

TOP 3: Präsentation „Wirtschaftliche Bewertung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ von PricewaterhouseCoopers

Die Wirtschaftsberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) hat im Auftrag des BMUB eine Studie zur wirtschaftlichen Bewertung der Maßnahmen des APK erstellt und die Ergebnisse am 23.11. veröffentlicht. Herr Alfred Höhn und Herr Dr. Borge Hess stellen die Studie im Rahmen der Sitzung vor. (der Bericht steht auf der BMUB Homepage zur Verfügung unter <http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/klima-klimaschutz-download/artikel/wirtschaftliche-bewertung-des-aktionsprogramm-klimaschutz-2020/>>)

Person/Institution	Vortrag
<p><i>Einführung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i> <i>Ein umfangreiches Programm, wie das APK steht natürlich zunächst unter dem Verdacht, dass die Umsetzung kostenintensiv ist. Um dies näher zu untersuchen und einen Vergleich der anfallenden Investitionskosten mit dem monetären und den mit den einzelnen Maßnahmen verbundenen klimapolitischen Nutzen anzustellen, hat das BMUB das Unternehmensberatungsunternehmen PwC vor knapp zwei Jahren beauftragt, eine wirtschaftliche Bewertung des APK vorzunehmen, dessen wichtigsten Ergebnisse nun vorgestellt werden.</i></p>	
<p>Alfred Höhn PwC</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung von PwC und Einführung ins Thema: • PwC kann unternehmensintern auf breiten volkswirtschaftlichen Sachverstand zurückgreifen. Darüber hinaus kann PwC auf entsprechende Expertise in den Bereichen Daseinsvorsorge, Urbanisierung, Mobilität, digitale Infrastruktur, neuen Modelle des Zusammenlebens verweisen. • Klimaschutz und -Folgen betreffen adressieren nicht nur Fragestellungen zur Energieversorgung und –Nutzung. Auch darüber hinaus gehende Fragestellungen, wie beispielsweise auch die Urbanisierung, sind hier zu berücksichtigen: Klimaschutz wird in Städten gewonnen oder verloren. • Wesentliches Ergebnis der PwC-Studie zu den Kosten und dem Nutzen der Maßnahmen des APK ist, dass dieses eines der größten Innovationsprogramme in Deutschland ist. So sind mit dessen Umsetzung zusätzliche Arbeitsplätze durch neue Geschäftsmodelle, z.B. im Bereich Digitalisierung verbunden.

Person/Institution	Vortrag
	<ul style="list-style-type: none"> • Zukünftige Berufsbilder werden sich wandeln. Hier gilt es, dies voranzutreiben und Berufe dynamisch weiter zu entwickeln. Die hiermit verbundenen Chancen sind enorm. • Dabei sollten Innovationen nicht überreguliert werden. Hier gilt es, entspannt zu bleiben und auch Fehler zu erlauben. • Ein weiteres innovatives Thema ist z.B. Blockchain für die Umsetzung von Energiefragen.
<p>Dr. Borge Hess PwC</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vorgehen der Studie: • PwC wurde nach der Verabschiedung des APK mit der Studie beauftragt. • Zielstellung der Studie war, die sozioökonomischen Wirkungen des APK zu bewerten, Klarheit über Kosten-Nutzen-Wirkungen der Einzelmaßnahmen zu schaffen und dabei Verteilungs-, makroökonomische und Treibhausgas (THG)-Minderungs-Wirkungen zu berücksichtigen. • Die Analyse war vielschichtig: Sie wurde auf Einzelmaßnahmenebene heruntergebrochen und für jede betrachtete Maßnahme des APK ein individueller Berechnungsansatz entwickelt, diese aufeinander abgestimmt und in eine makroökonomische Analyse überführt. • Simulation wurde auf Basis des Energiewendeoutlooks und der GEMIO-Modelle (ursprünglich: Auswirkung der Energiewende auf Bundes-, Landes-, Regionalebene) durchgeführt, kalibriert für alle Sektoren. • Das grundsätzliche Vorgehen basierte auf einer Differenzbetrachtung. Die Wirkungen des Status quo wurden in einem Referenzszenario auf Basis des Projektionsberichts 2015 fortgeschrieben. Das Vergleichsszenario beinhaltet alle Maßnahmen des APK. Die Differenz aus beiden Szenarien ergibt den Nettoeffekt.

Person/Institution	Vortrag
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gesamteffekte müssen im gesamten Zeitkontext angeschaut werden: Die Maßnahmenumsetzung erfolgt bis 2020, die Vorteile (z.B. eingesparte Energiekosten) erstrecken sich aber über einen längeren Zeitraum. Der Betrachtungsfokus der Studie orientiert sich somit an der „Lebensdauer“ der Einzelmaßnahmen und geht in vielen Fällen weit über 2020 hinaus. • Ergebnisse der Studie: • Es sind zunächst hohe Anfangsinvestitionen nötig, die wiederum zu einem positiven Nachfrageimpuls bzw. Wirtschaftsimpuls (z.B. in der Gebäudesanierung) führen. Die Nachfrage nach Gütern ist also höher als ihr „Verlust“. Die untersuchten Effekte umfassen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Direkte Effekte: Bsp. Gebäudesanierung ○ Indirekte Effekte: Bsp. Erstellung von Vorleistungen für Dämmung ○ Induzierte Effekte: Bsp. höhere Kaufkraft durch Kosteneinsparungen • Ausgewählte Ergebnisse sind: ca. 2 Mio. Beschäftigtenjahre zwischen 2015-2020, das heißt, ca. 430.000 zusätzliche Beschäftigte im Jahr 2020 und ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von etwa einem Pro-zent. In der Nettobetrachtung übersteigen die eingesparten Energiekosten die zur Umsetzung des Aktionsprogramms notwendigen Investitionen um gut 149 Mrd. EUR. Alleine die Nettoentlastung für private Haushalte liegt bei insgesamt ca. 26 Milliarden Euro durch eingesparte Energiekosten. • Auf der Einzelmaßnahmenebene werden folgende Kosten betrachtet: Bruttokosten (Investitionskosten über Standardtechnologie hinaus), eingesparte Energiekosten, zusätzliche Verwaltungskosten,

Person/Institution	Vortrag
	<p>Transferzahlungen im Umsetzungsprozess. Die Differenz zwischen Brutto- und administrativen Kosten minus der Einsparungen ergeben Netto-kosten, die bestenfalls negativ sind. Im Ergebnis zeigen sich ab 2027 negative Nettokosten. D.h., dass die Energieeinsparungen ab diesem Jahr höher sind als die Umsetzungskosten. Dabei werden die Kosten auf das Jahr 2015 als diskontiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • APK
<p><i>Anmerkung von Abteilungsleiter Dr. Sach: Vielen Dank für diese hilfreiche Studie. Wir haben politische Gestaltungsaufgaben vor uns, um den Weg in Richtung der 2020-Ziele zu fördern und zu beschleunigen.</i></p>	

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Abteilungsleiter Dr. Sach:

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Länder	Gesa Langer Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Sind die Umlagen im Energiesektor bei den Sektoren Gebäude und Industrie als Bruttokosten eingerechnet? • Was ist unter Programmkosten 2 in der Studie zu verstehen? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umlagen sind nicht in Bruttokosten eingerechnet, da Bruttokosten sich auf die Nachfrage nach Gütern beziehen. • Programmkosten 2 umfassen Transfersummen (z.B. Umlagen zum Abbau von Investitionshemm-nisse)
Mittelstand	Mark Becker DIHK	<ul style="list-style-type: none"> • Die THG-Minderungswirkung der PwC-Studie ist höher als die im Klimaschutzbericht 2016. Genauer ist der untere Rand der Bandbreite in der PwC-Studie die obere Grenze im Klimaschutzbericht. <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Klimaschutz-bericht 2016 werden aktuellere Prognosewerte und der tatsächliche Umsetzungs-stand der einzelnen

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Maßnahmen berücksichtigt, deshalb weichen die CO₂-Werte ab.</p> <p>Antwort Ursula Fuentes-Hutfilter (BMUB):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Minderungswirkung musste abgeschätzt werden als Teil einer konsistenten Gesamtabstimmung. Die Annahmen sind jedoch konsistent mit dem Projektionsbericht, deshalb sind auch die Ergebnisse konsistent. • Der Projektionsbericht geht von einer idealtypischen Umsetzung des APK aus, der aktuelle Klimaschutzbericht unternimmt die Quantifizierung gemäß aktuellem Stand.
Wissenschaft	Peter Moser IdE Institut de-zentrale Energie-technologien	<ul style="list-style-type: none"> • Aus Sicht der Endkunden bzw. Nutzer ist es schwer verständlich, was die Vorteile sind und ob es sich für sie rechnet. <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es rechnet sich in Teilen für die Endverbraucher: Manche Maßnahmen haben hohe Nettokosten („spezifische Minderungskosten“), manche schneiden weniger gut ab und dies ggf. aus anderen Gründen. Die Maßnahmen betreffen zudem unterschiedliche Akteure. <p>Antwort Alfred Höhn (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um dies zu beantworten müsste man Maßnahmen konkreten Zielgruppen zuordnen. Dies macht die Analyse komplex, es wäre aber als weitere Dimension für eine geeignete Kommunikation in Richtung Endverbraucher spannend.
Land & Forst	Gerolf Bücheler Deutscher Bau- ernverband	<ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaft zeigt laut Grafik (Verweis Präsentation) negative Nettokosten. Wurden neben der Düngemittel-Einsparung auch weitere Maßnahmen in den Bruttokosten berücksichtigt?

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dies würde sich vor allem auf eine Ausweitung hinsichtlich Ressourceneinsatz beziehen. Da diese Analyse sich ausschließlich auf die Umsetzung des APK konzentriert, ist die Analyse auf Düngemiteleinsatz begrenzt. • Es wäre aber interessant, auch Verwaltungskosten etc. einzubeziehen. Dies ist aber nicht im Be-reich der Analyse machbar.
Kommunen	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Gebäude werden gemäß Grafik (in Präsentation) erst ab 2056 negative Nettokosten erreicht. Was ist hier die angenommene Energiekostenentwicklung? • Welche Zinssatzung für Diskontierung zugrunde gelegt? • Wenn Menschen mehr in Sachwerte investieren, ist der Zins nicht stark ausschlaggebend? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Energiepreisprognosen sind im Anhang der Studie pro Energieträger aufgeschlüsselt. Am Beispiel Strom: In einem Prognosemodell werden auf Basis des sich verändernden Kraftwerkparcs und Nachfrage Strompreise prognostiziert und Endkunden-Preise abgeleitet. • Der Zinssatz ist mit 1,5% vergleichsweise gering angesetzt. Es wurden auch Sensitivitäten bei einem Zinssatz von 0 und 3% geprüft, der Trend blieb gleich: Je höher der Zinssatz, desto später ergeben sich negative Nettokosten. • Der Zinssatz wirkt sich mehr auf Einsparungen als auf die Investitionen aus. Ein negativer Zins wurde nicht berücksichtigt.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Verbraucher	Julia Gogolewska Health and Envi-ronment Alliance	<ul style="list-style-type: none"> Es fehlt eine Untersuchung der Effekte z.B. auf verminderte Luftverschmutzung, wie es u.a. auf europäischer Ebene geschieht. <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Fokus der Studie liegt auf dem APK, deshalb wurden derartige Kosten nicht berücksichtigt. Die Bewertung von einer Tonne CO2 wurde aufgrund des engen Rahmens der Studie nicht vollzogen.
<i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach: Vermiedene Kosten (z.B. bei Gesundheit, Bauschäden) war nicht Teil des Untersuchungsrahmens.</i>		
Verkehr	Norbert Mauren Verband Deutscher Verkehrsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> Es wurde erwähnt, dass PwC auch mit Stadtwerken zusammenarbeitet. Beispiel Digitalisierung: Was kann hier bzgl. mobiler Endgeräte getan werden? <p>Antwort Alfred Höhn (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> Beispiele aus der Arbeit von PwC mit Stadtwerken sind Sharing-Konzepte. Weitere Fragen, die erst noch beantwortet werden müssen: Wer hat die Betriebsführerschaft? Wie sehen Geschäftsmodelle aus? Wer investiert? Wie kann man mit Unsicherheiten umgehen? Wie verbindet man die Beteiligten (z.B. Experience labs)?
Länder	Martin Krings Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nord-rhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> An PwC: Gibt es in der Studie eine Priorisierung von Maßnahmen, die zeigt, wie ein Break-even er-reicht werden kann? mit denen das Break-even erreicht wird? An BMUB: Wie werden die Aussagen genutzt? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> Eine direkte Priorisierung und Empfehlung ist nicht enthalten, sondern eine reine Erhebung bzw. Abschätzung.
<i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach: Die konkrete Nutzung der Ergebnisse ist noch nicht klar. Es soll einen Diskurs anregen. Zum Bei-spiel: Welche Inkubatoren werden benötigt?</i>		

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Abfallwirtschaft	Ludolf Ernst Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW)	<ul style="list-style-type: none"> In der Grafik zu Barwerten: Wo ist die Abfallwirtschaft nach 2025? Energiewende: Bei der Reduzierung fossiler Kraftwerkskapazitäten darf nicht vergessen werden, dass hier auch Ersatzstoffe und Abfälle mitverbrannt werden, weshalb auch stoffliche Verbrennungskapazitäten für die Abfallwirtschaft wegfielen. <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> Es handelt sich um eine Differenzbetrachtung. Die Abfallwirtschaft wirkt auch weiterhin, wird aber nicht mehr dem APK zugeordnet, da die Lebensdauer der Maßnahmen in der Abfallwirtschaft kürzer ist als in anderen Sektoren. Bzgl. Energiewende: Es werden hauptsächlich Maßnahmen zur Reduzierung von Braunkohle betrachtet, auch KWK in Steinkohle. Jedoch keine abfallbetriebenen Kraftwerke, diese werden nur bei den Strompreisprognosen abgebildet. Die Verbrennung von Abfallprodukten ist also nicht berücksichtigt
Umwelt	Tina Löffelsend BUND e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Zum Thema Energiekosten/ Belastung des Energiesektors: Laut der Zusammenfassung der Studie führen teure Einkaufspreise von Gas und Kohle zu Mehrkosten. Bei Strompreisen wird die Verschiebung von Brennstoffen eingepreist. Werden die Mehrkosten nicht eigentlich weitergereicht? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Analyse basiert auf dem Quellprinzip. Hier erfolgt keine Differenzbetrachtung.
Umwelt	Martin Wittau Bundesvereinigung Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> Was ist die Absicht der Studie? Letztlich beruhen die Ergebnisse doch auf Prognosen. <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p>

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> • Prognosen sind immer mit Unsicherheiten behaftet, weshalb diese auch ausdrücklich als „Abschätzungen“ zu verstehen sind. • Die übergreifende Frage ist: Wie soll Zukunft ausgestaltet sein und welche Wirkungen könnten zu welchen Zeitpunkten eintreten. Es sind keine exakten Vorhersagen, denn Umfang und Zeitpunkt des tatsächlichen Eintretens hängt von der konkreten Umsetzung ab, was auch durch die Band-breiten deutlich gemacht wird. <p>Antwort Alfred Höhn (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mikro- und makroökonomische Geschäftspläne werden immer mit Blick auf die Zukunft erstellt. • Grundsatzfrage ist: Was passiert mit dem Volksvermögen? Es geht nicht um exakte Werte, sondern um die Darstellung eines Trends.
Energie	Dr. Volker Bartsch DVGW	<ul style="list-style-type: none"> • Ist der Blick auf Infrastrukturinvestitionen berücksichtigt? • Energiewirtschaft: Investitionen werden vorrangig sein, Einkaufskosten/Betriebskosten immer weniger. Gibt es hierzu eine Art tipping point in der Analyse? • Zieldreieck: Wurde auch Resilienz gegenüber Störungen berücksichtigt? Und wird von 100%iger Versorgungssicherheit ausgegangen? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Analyse ist auf Maßnahmen beschränkt, also werden darüber hinaus keine weiteren Aussagen zu Netzausbau/Lastflussmodelle o.ä. getroffen. Berücksichtigt sind auch flankierende

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		Maßnahmen des APK, die der Minderung der THG dienen.
Kommunen	Andreas Bleschke Landkreis Teltow-Fläming	<ul style="list-style-type: none"> • Wurden Elektroautos eingepreist? • Woher kommen die hinterlegten Energiedaten und von wann stammen sie? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Energiedaten stammen aus öffentlich verfügbaren Energiebilanzen (öffentliche Stellen, vor allem Statistisches Bundesamt) für den Status quo, die um Prognosen aus öffentlichen Daten ergänzt wurden. Nur Strompreise wurden mit eigenem Modell prognostiziert.
Länder	Daniel Farnung Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungseffekt: Wie viele Industriearbeitsplätze fallen weg? Was sind die resultierenden sozialen Kosten? <p>Antwort Dr. Borge Hess (PwC):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Abbau von Arbeitsplätzen (S.57 im Hauptgutachten) beträgt z.B. für den Industriezweig Steine und Erden 7%, für die Glasindustrie 6%. • Soziale Kosten im Sinne von Zusatzeinnahmen für den Staat gemäß Nettobeschäftigung sind nicht separat ausgewiesen, aber berücksichtigt.
<p>Abschlussbemerkung Alfred Höhn (PwC)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Feedback (per Email) ist gewünscht, um einzelne Punkte stärker zu beleuchten. • Nicht alle Themen können im Detail betrachtet werden. In einem Modell kann auch aus Komplexitätsgründen nicht alles abgebildet werden. Die Diskussion geht schon bei der hier betrachteten Wirkungskategorien „direkt“, „indirekt“ und „induziert“ (Stich-wort: spill-over) los. Die Stabilität der Annahmen muss weitestgehend gewahrt sein. 		
<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i> Die Anregungen werden gerne aufgenommen für detailliertere Analysen, es ist aber nicht alles erfüllbar. Der Klimaschutzplan sieht nicht nur ein Maßnahmenprogramm bis 2018 vor, sondern auch ein Impact Assessment. Auf der Maßnahmenebene können dann auch bei-spielhafte Auswirkungen näher betrachtet werden. So können einzelne Regionen und Sektoren mehr in den Fokus der Betrachtung ge-rückt werden. Wie eingangs gesagt, wird sich die Wirtschaft und Gesellschaft in vielen Bereichen schneller verändern, als wir es glauben (Berufsbilder etc.). Vielen Dank an PwC für die sehr gute Zusammenarbeit und Analyse. Die Ergebnisse sind sehr hilfreich für unsere weitere Arbeit.</p>		

TOP 4: Klimaschutzbericht 2016

Der Klimaschutzbericht 2016 liegt im Entwurf vor. Das BMUB (Dr. Ursula Fuentes-Hutfilter) stellt die wichtigsten Ergebnisse des Berichts vor. Die Hauptautoren des Berichts von Öko-Instituts und Fraunhofer-ISI stehen für Fragen zur Verfügung.

Staatssekretär Flasbarth übernimmt die Moderation von Abteilungsleiter Dr. Sach.

Person/Institution	Vortrag
<i>Einführung Staatssekretär Flasbarth: In diesem TOP werden nun die Ergebnisse des Klimaschutzberichts vorgestellt.</i>	
Ursula Fuentes-Hutfilter BMUB	<ul style="list-style-type: none"> • Der Entwurf des Klimaschutzberichts 2016 wurde Anfang der Woche an die Teilnehmenden geschickt und befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. • Hintergrund: Zum APK muss ein jährlicher Klimaschutzbericht erstellt werden. Im Wesentlichen umfasst dieser eine Darstellung der Emissionsentwicklung und eine Beschreibung des Umsetzungsstands der Maßnahmen des APK. Darüber hinaus soll auch eine Aussage zur erwarteten tatsächlichen Minderungswirkung auf Basis der heutigen Erkenntnisse zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen getroffen werden. In diesem Jahr beinhaltet der Klimaschutzbericht erstmalig (neben dem Projektionsbericht mit idealtypischer Umsetzung der Maßnahmen) auch eine aktualisierte Schätzung der Minderungswirkung der einzelnen Maßnahmen basierend auf deren aktuellem Umsetzungsstand. • Der Klimaschutzbericht 2015 hatte noch keine aktuellen Schätzungen der Minderungswirkung mit Blick auf 2020. Er enthielt aber Ergebnisse des Projektionsbericht 2015, die Minderungswirkungen ohne Maßnahmen des APK betrafen. Grundsätzlich bestätigte sich die Ausgangslage des Aktionsprogramms – eine identifizierte Lücke zur Zielerreichung im Jahr 2020 in Höhe von 5 bis 8 Prozentpunkten zum 40-Prozent-Ziel. • Aktueller Stand der THG-Entwicklung: Minderung von 27% im

Person/Institution	Vortrag
	<p>Jahr 2015 (ca. 908 Mio. t) gegenüber 1990. Ziel ist eine Reduktion auf 750 Mio. t CO₂ (-40%).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das „Mit-Maßnahmen-Szenario“ im Projektionsbericht, also Maßnahme ohne APK, zeigt: Bislang wird voraussichtlich bis 2020 eine Minderung von 33%, erreicht. Die Lücke betrüge damit ca. 6 bis 7 Prozentpunkte, wobei unter Berücksichtigung der Unsicherheiten in den Annahmen zur Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der Brennstoffpreise, des Exportsaldos sich ein Korridor der Lücke von 5-8 Prozentpunkte ergibt – dies entspricht 63-100 Mio. t CO₂. • Das „Mit-Weiteren-Maßnahmen-Szenario“ ergibt einen Minderungskorridor von 37,0%-40,4% auch unter Berücksichtigung der genannten Unsicherheiten. Das Ergebnis ist vergleichbar und somit konsistent mit der PwC-Studie. • Der Klimaschutzbericht 2016 beinhaltet eine neue, aktuelle Schätzung der tatsächlichen Minderungsbeiträge der Maßnahmen des APK, nach aktuellem Stand der Planung und Umsetzung. Die Aktualisierung der Schätzung erfolgte im Auftrag des BMUB durch das Öko-Institut und Fraunhofer ISI. • Ergebnis der aktuellen Schätzung: APK liefert einen Minderungsbeitrag von 44-56 Mio. t CO₂. Dies ist geringer als ursprünglich erwartet, es fehlen, gemessen am ursprünglichen Minderungsziel der Maßnahmen, im Schnitt etwa 20 Mio. t CO₂. Knapp die Hälfte davon entfallen auf den Verkehrssektor (Minderung von 0,6 statt 7-10 Mio. t CO₂). Die Schätzung zu NAPE wurde hingegen bestätigt. • Gründe für die Unterschiede der Ergebnisse zu den ursprünglichen Annahmen: Maßnahmen wurden mit Verzögerung umgesetzt. Teils mussten aufgrund der unsicheren Datenlage konservative Ansätze für die Schätzung gewählt werden, da Maßnahmen gerade erst begonnen

Person/Institution	Vortrag
	<p>wurden. Generell sind Schätzungen mit Unsicherheit verbunden, aber es kann jetzt schon festgehalten werden: Wenn aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden, dann müssen wir eher mit einer Minderung am unteren Rand rechnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zu den Ergebnissen des Klimaschutzberichts (Entwurf) 2016 im Einzelnen: • 70% der Maßnahmen wurden bereits vollständig umgesetzt. • Beitrag Stromerzeugung: 22 Mio. t CO₂ Einsparung durch drei Pakete vorgesehen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Sicherheitsbereitschaft: Vorläufige Stilllegung Braunkohle-Kraftwerksblöcke (geplant 12,5 Mio. t CO₂; Schätzungen nun bei 9,5-12,5 Mio. t CO₂; abhängig von der Nachfrage, KWK, und verbleibender Steinkohle) ○ KWK-Förderung: Anhebung, Austausch von Kohle-KWK durch Gas-KWK (geplant 4 Mio. t CO₂, geschätzt 3 Mio. t CO₂) ○ Effizienzpaket: zusätzlich zu NAPE, in Gebäude, Industrie, Kommunen, Effizienz Bahn; es wurde gerade begonnen umzusetzen, deshalb unter geplanter Einsparung (geplant 5,5 Mio. t CO₂; geschätzt 3 Mio. t CO₂) • Beitrag NAPE: 25-30 Mio. t CO₂ durch drei Säulen; Verschiebungen zwischen den Säulen erfolgt, aber in der Gesamtsumme entspricht die aktuelle der ursprünglichen Schätzung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Energiesparen als Rendite und Geschäftsmodell: StepUP! im oberen Bereich der Schätzung; KfW-Energieeffizienz-Programme und Querschnittstechnologien Mittelstand sogar darüber ○ Eigenverantwortung für Energieeffizienz:

Person/Institution	Vortrag
	<p>Heizungsetiketten über ursprüngliche Schätzung</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beitrag Strategie klimafreundliches Bauen und Wohnen zusätzlich zum NAPE: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Viele Maßnahmen mit flankierenden Charakter; Schwerpunkt sind die sozialen Aspekte (kein Beitrag, aber zentral, um Potenzial auszuschöpfen und auch Umsetzung anderer Maßnahmen zu berücksichtigen) ▪ Gesamt: unterhalb der erwarteten im Jahr 2014 geschätzten Spanne; es herrschten unterschiedliche Erwartungen der Überlagerungseffekte. Es handelt sich um viele Modellvorhaben (Quartiersvorhaben, Klimaschutz in Kommunen), die einzeln nicht viel beitragen, aber im späteren Verlauf Breitenwirkung entfalten. ● Verkehr: <ul style="list-style-type: none"> ○ Deutlich geringere Minderungswirkung als noch im Jahr 2014 geschätzt ○ Grund hierfür u.a.: Wenn Maßnahmen (v.a. infrastrukturelle, mit zeitlichem Vorlauf) später umgesetzt werden, wird die Minderung ggf. auf die Zeit nach 2020 verschoben. ○ Es gilt zu prüfen, wie das Etappenziel 2020 erreicht werden kann. ● Industrie, GHD, Abfall: <ul style="list-style-type: none"> ○ Etwas unterhalb der geplanten Spanne ○ Recycling etc. wird in der Emissionsbilanz der Industrie verortet.

Person/Institution	Vortrag
	<ul style="list-style-type: none"> ○ Maßnahmen hier sind oftmals nicht mit Klimaschutz als Primärfokus. ○ Potenziale: Ressourcenschonung, ProgRESS II (Verbraucherinformationen), Netzwerkitiativen, soziale In-novationen ○ Deponiebelüftung: Förderung ist vorhanden, aber aktueller Stand eher ernüchternd. ● Landwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ziel: Stickstoff- und Lachgasemissionen reduzieren ○ Zentraler Beitrag aus Düngeverordnung und der Erhöhung des Flächenanteils von ökologischem Landbau ● LULUCF: <ul style="list-style-type: none"> ○ V.a. Grünland, Moorschutz; LULUCF wird nicht auf die Emissionsminderungsziele angerechnet, ist aber für Klimaschutz relevant; wird hier nicht weiter dargestellt. ● Finanzierung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Zukunftsinvestitionsprogramm ○ NKI-Mittel deutlich aufgestockt, NAPE-Mittel ebenfalls; diese beginnen zu wirken. ○ In Summe: 12 Mrd. EUR bis 2020 zur Umsetzung des APK und NAPE bereitgestellt. ● Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen in PwC-Studie: 150 Mrd. Euro mehr Einsparungen als Kosten (Investitionen); Beschäftigtenjahre werden generiert.

Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:
Wir haben erstmalig einen Klimaschutzbericht mit einer aktualisierten Schätzung der Minderungswirkung vorliegen. Durch die Ergebnisse sind wir im Vorgehen bestärkt: Eine Quantifizierung ist nicht immer vorteilhaft. Aber es ist das einzige Mittel, um den Stand der Entwicklung dar-zustellen und bestehende Mängel/Lücken zu identifizieren bzw. Gründe für Lücken zu identifizieren, um gegenzusteuern zu können. Die Finanzierung wird ggf. zwischen Maßnahmen verschoben, um schneller Beiträge zu erschließen. Denn das 2020-Ziel von -40% wird nicht aufgeben.
Mit den Ressorts gilt es, Potenziale zu identifizieren. Die Analyse und Optionen werden auch dazu dienen, für die Koalitionsverhandlungen nächsten Herbst vorbereitet zu sein. Es wäre falsch zu sagen, dass die aktuell möglichen 37% bereits ausreichen, da Deutschland gerade im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten bereits voranschreitet. Die Verlockung ist

Person/Institution	Vortrag
<p><i>groß, die Konsequenzen aber: 1. Erschließbare Potenziale werden verschenkt – der Druck muss also bleiben; 2. Die Ziele bis 2030 bleiben, der Rest würde also zwischen 2020 und 2030 umso einschneidender auf uns zukommen. Hier geht es nicht um die Kür, denn das 2030-Ziel von 55% liegt in dem Bereich der europäischen Entscheidung zur Lastenteilung (effort-sharing decision).</i></p> <p><i>Es geht nicht nur um eine Zielpunkterreichung, es geht um das Integral, also auch den Weg zum Ziel.</i></p>	

Anschließende Diskussionsrunde:

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
Energie	Wulf Binde Bundesverband Kraft-Wärme- Kopplung e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßt Analyse, da ehrlich und belegbare Zahlen. • Der Begriff „KWKG-Novelle“ sei im Klimaschutzbericht missverständlich verwendet. Es handelt sich um ein neues KWK-Gesetz, da das KWK-Gesetz von 2012 aufgehoben bzw. außer Kraft gesetzt wurde. Aktuell wird ein KWKG-Änderungsgesetz diskutiert. • Minderungswirkung KWK: Die nunmehr vorliegende aktuelle Schätzung ist mit 3 Mio. t CO₂ geringer im Vergleich zu der ursprünglichen Schätzung (4 Mio. t CO₂). Dies ist vermutlich auf Verzögerungen der Entscheidung der Europäischen Kommission zurückzuführen. Zudem erscheint auch dieser Wert noch recht hoch, da <ul style="list-style-type: none"> ○ der Markt sich hin zu mehr Wettbewerb verändert ((KWK-Ausschreibungen). Dadurch sind stärkere Einbrüche zu erwarten, in jedem Fall ist es hier ausgesprochen schwierig valide Prognosen abzugeben. Der Zeitplan sieht vor, dass die erste Ausschreibung nicht vor Winter 2017/2018 erfolgt. ○ KWK bei Eigenverbrauch ist nicht in der Ausschreibung berücksichtigt, erhält aber auch keine Förderung mehr. <p>Antwort Dr. Ralph Harthan (Öko-Institut):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Studie: Die Schätzung im Jahre 2014 basierte seinerzeit auf idealtypischen Annahmen. Mit der jetzigen Aktualisierung wird der tatsächliche Beschluss- und Planungsstand berücksichtigt. Dar-über hinaus wurde die Schätzung mit der Aktualisierung

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>auch methodisch in Einzelfällen angepasst.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Bewertung der Maßnahmen wird nun jährlich wiederholt und dem jeweiligen Umsetzungs-stand angepasst. • Gegenüber dem aktuell vorliegenden Entwurf zum Klimaschutzbericht werden für künftige Berichte die zur Schätzung verwendeten Methoden auch in den nächsten Jahren stetig weiterentwickelt.
Energie	Dr. Volker Bartsch DVGW	<ul style="list-style-type: none"> • Das Aktionsbündnis dient doch der Sammlung und Integration zusätzlicher Ideen. Hiervon ist nicht viel wiederzufinden. Z.B. wurde eine stärkere Förderung der Erdgas- und Biogasmobilität sowie LNG im Schwerverkehr angeregt. • Wie steht das BMUB zur Verachtfachung der gasbasierten Mobilität? • Wie kann verankert werden, dass „Gas grün kann“ (grüne Regionen, PtG)?
Wirtschaft	Dr. Carsten Rolle Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Der Bericht ist hilfreich. • Ausdrücklich wird die Einschätzung geteilt, dass eine Zieldiskussion 2020 nicht notwendig und auch nicht hilfreich wäre. • Hervorzuheben ist das positive Ergebnis der NAPE-Abschätzung – hier findet auch die Industrie als Endverbraucher. • Es sollte stärker differenziert werden, welche der Maßnahmen mit Verzögerung wirken und welche gar nicht, da die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen unterschiedlich sind. • Gebäude: Für die Zeit nach der Bundestagswahl im Jahr 2017 sollte mit Fokus auf den Bereich Gebäude ein umfangreiches Effizienzpaket „geschnürt“ werden.
Wirtschaft	Sabine Nallinger Stiftung 2° - Deutsche Unternehmer für Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Die Bank Wirtschaft hat sich bzgl. eines Meinungsbildes im Vorfeld abgestimmt. • Hier hat sich gezeigt, dass sowohl einheitliche, wie auch kontroverse Einschätzungen zu Einzelthemen in der Bank zu finden sind. • Unternehmen brauchen mittel- und langfristige Planbarkeit für Investitionstätigkeit. • Die Quantifizierung des Klimaschutzberichts ist sicherlich begrüßenswert. Aber sie kommt spät, da im Hinblick auf die verbleibende Zeit bis zum Jahr 2020, die Spielräume für

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Nachjustierungen zunehmend geringer werden. Der zeitliche Vorlauf muss größer sein, auch für die Wirtschaft.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2017 ist auch das Jahr der deutschen G20-Ratspräsidentschaft. Vor diesem Hintergrund geht es auch um die Glaubwürdigkeit der selbst gesteckten Ziele. Diese müssen rechtzeitig kommuniziert und mit entsprechendem Ehrgeiz verfolgt werden. • Viele deutsche Unternehmen befinden sich im internationalen Wettbewerb. Sie sollten im Klimaschutz eine Chance sehen durch innovative Produkte und Technologien. Dann werden Ziele nicht mehr hinterfragt. • Der Bericht zeigt, dass mehr Ehrgeiz erforderlich ist: <ul style="list-style-type: none"> ○ Verkehr: Hausaufgaben sind noch nicht gemacht obwohl die notwendigen Technologien auf dem Markt zur Verfügung stehen. ○ Energieeffizienz: Potenziale stärker nutzen. ○ Kohleverstromung: Es sollte schon vor der Gründung der „Kohle-Kommission 2018“ diskutiert werden, da damit Arbeitsplätze und regionale Entwicklungen verbunden sind.
Verbraucher	Franz Michel Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Gebäudeenergiegesetz, Mietrechtsnovelle: Was kommt in dieser Legislaturperiode noch?
Abfallwirtschaft	Ludolf Ernst Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW)	<ul style="list-style-type: none"> • Braunkohle-Abfall: <ul style="list-style-type: none"> ○ Wie bereits erwähnt, hat die Stilllegung von Braunkohle-Kraftwerke auch Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft, denn Braunkohle spielt in der Entsorgung eine erhebliche Rolle (Ersatzstoffe, Abfälle in Verbrennung). ○ Insbesondere ist aus Sicht des DGAW die Frage zu beantworten, wie diese Kapazitäten ersetzt werden können. Wieviel Bedarf gibt es noch an Anlagen, die eine thermische Behandlung von Abfall gewährleisten können, wenn Kohlekraftwerke stillgelegt sind?

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> • Abfallvermeidung/ Gewerbeabfallverordnung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Aktuelle Novelle: Die stoffliche Verwertung und die weitgehende Getrennthaltung sollte, da ressourcenschonend, gefördert werden. ○ Die Wiederverwendung recycelter Materialien muss sichergestellt werden – bspw. ist dies im Falle von Baumaterial derzeit nicht der Fall. ○ Wie kann dies im Ressourcenschutz verankert werden?
Kommunen	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Monitoring/Bilanzierung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Verschiedene Perspektiven sind wichtig. Wirkungsüberschneidungen sollten unbedingt beachtet werden. Gleiches gilt auch für Rebound-Effekte, die durch Nutzerverhalten und vom Wirtschaftssystem verursacht werden. ○ Der bereits seit 2014 existierende bundesweite Bilanzierungsstandard für die kommunale Ebene (BISKO) sollte ebenfalls angewendet werden. Eine Software hierfür ist eingeführt. • Auch dem Suffizienz-Gedanken sollte in der Quantifizierung Rechnung getragen werden.
Umwelt	Viviane Raddatz WWF	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst gilt es den Bericht aufgrund seiner Klarheit und Ehrlichkeit zu würdigen. • Zur Lücke: <ul style="list-style-type: none"> ○ Nach einer im Auftrag der Umweltverbände in Auftrag gegebenen Studie könnte die Lücke größer als 100 Mio. t CO₂ sein. ○ Stand heute sind noch 158 Mio. t CO₂ zur Zielerreichung im Jahr 2020 zu mindern. Da-von ist aus Sicht der Umweltverbände ca. 1/3 durch Einsparungen und ein weiteres Drittel durch das APK

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>gesichert. Ein weiteres Drittel ist durch zusätzliche Maßnahmen zu er-bringen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Das Maßnahmenbündel des APK war niemals geeignet die im Jahr 2014 identifizierte Lücke komplett zu schließen. ○ Darüber hinaus haben nicht alle mit dem APK beschlossenen Maßnahmen sollten nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. ○ Im Klimaschutzbericht sollte klargestellt werden, dass die Aussage, es seien 70 Prozent der Maßnahmen umgesetzt, sich auf die reine Anzahl der Maßnahmen und nicht auf die mit diesen verbundenen Minderungen bezieht. ○ Das APK muss an Glaubwürdigkeit gewinnen, denn nur eine reale Emissionsminderung ist glaubwürdiger Klimaschutz. ○ D.h. aber auch die Diskussion zur besonders klimaschädlichen Nutzung von Kohle muss konsequent geführt werden. ○ Für den Verkehr ist es eklatant, dass er als einziger Sektor seit 1990 keine einzige Ton-ne CO2 reduziert hat. <ul style="list-style-type: none"> • Wie geeignet sind die Maßnahmen, die angegangen wurden? • Wie stark oder nicht ist eine zögerliche Umsetzung einkalkuliert?
Umwelt	Tobias Pforte-von Randow Germanwatch	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist tragisch, dass wir mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf die Nicht-Zielerreichung zusteuern. • Auch Diskussionen zur Nutzung der Kohle hat eine große Tragik. Andere Sektoren zeigen, dass ein Transformationsprozess erfolgen kann, mit der Ausnahme Verkehr. • Die Schwierigkeiten/Hindernisse auf dem Weg zum Ziel 2030 werden damit klimapolitisch und volkswirtschaftlich immer größer. Das genannte Integral bzw. CO2-Budget ist hier zentral. • Je später der Klimaschutz greift, desto mehr THG gelangen in die Atmosphäre, desto höher die Kosten.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> • Bisher: Deutschland hat sich ambitionierte Ziele gesetzt und muss sich verantworten. Dies gilt auch umso mehr vor dem Hintergrund der völkerrechtlich verbindlich eingegangenen Verpflichtungen in der Klimakonferenz von Paris. • Die Politik muss sich ihrer Verantwortung stellen. • Zeitplan ist ambitioniert: Überprüfung 2018 mit eventueller Nachschärfung, um bis 2020 die Lücke zu schließen. • Deutschland trägt 2017 die G20-Präsidentschaft. Zudem findet die nächste Klimakonferenz in Bonn statt.
Umwelt	Tina Löffelsend BUND e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Wie ehrlich ist die Betrachtung der Lücke und was folgt daraus? • An Dr. Ursula Fuentes-Hutfilter: Nach Angaben des Berichts ergibt sich eine bleibende Lücke von 20 Mio. t CO₂ – der BUND sieht hingegen eine Lücke von ca. 50 Mio. t CO₂. Die Aufgabe ist also größer als hier angedeutet. • Es gibt mindestens zwei zentrale Baustellen: • NAPE-Maßnahmen: Die Verbände der Umwelt-Bank sehen es als nicht wahrscheinlich, dass die Minderungen wirklich vollständig erreicht werden. <ul style="list-style-type: none"> ○ Bsp. Energieeffizienz-Netzwerke: Es wurden nicht so viele gegründet, wie geplant. Es ist auch fraglich, ob sie die erwarteten Minderungen erreichen. ○ Wettbewerbliche Ausschreibung: Nur 18 Anträge in der ersten Runde ist besorgniserregend. ○ Dass die KfW-Förderung aufgestockt wird, heißt nicht, dass sie abgerufen wird. Es werden außerdem weiterhin Öl-Heizungen gefördert. ○ Top-Runner: Die Belastbarkeit der hier unterlegten Einsparung ist fraglich. Der Ansatz dient eher als Kommunikationsstrategie. • Braunkohle: <ul style="list-style-type: none"> ○ Sicherheitsreserve: Der Klimaschutzbericht gesteht ein, dass hiermit nicht das Geplante erreicht wird, und ggf. nur zu 8 Mio. t CO₂ Einsparung führt

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> ○ Stromsektor: Das Minderungspotenzial beträgt aus Sicht der Umweltverbände eher 15 als 22 Mio. t CO₂. ○ Die aktuellen Maßnahmen sind somit nicht ausreichend, insbesondere wenn kurzfristige Erfolge erzielt werden sollen. Die Maßnahmen sind „zu weich“ und greifen nicht schnell genug. Wenn das 2020-Ziel noch erreicht werden soll, bleibt nur die Stilllegung weiterer Kraftwerke. Das Jahr 2018 als Prüfungszeitpunkt ist viel zu spät. ○ Die mit dem Klimaschutzplan 2050 vereinbarten Sektorziele sind ein erster Schritt sind aber nicht ausreichend. Gerade im Hinblick auf eine Gesamt-minderung der THG-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent bis 2050 ist eine Halbierung der Kohlekraftwerkskapazitäten bis 2030 nicht ausreichend. Aus Sicht der Umweltverbände müsste dies spätestens bis 2025 geschehen. ○ Der Kohleausstieg muss im Einklang mit Paris stehen, d.h. Dekarbonisierung bis 2050 und nicht nur 80%.
Umwelt	Denny Püschel NABU	<ul style="list-style-type: none"> • Fokus Klimaschutzplan 2050 <ul style="list-style-type: none"> ○ Es wird empfohlen noch einmal den Klimaschutzplan der Zivilgesellschaft zu lesen. Im Folgenden wird der Gebäudesektor beleuchtet. ○ Dimensionen klarmachen: Was bedeutet eine Einsparung von 10 Mio. t CO₂? Zum Vergleich: Kraftwerk Jänschwalde stößt jährlich 23 Mio. t CO₂ aus. ○ Ziele Gebäudebereich sind an Klimaschutzziele anzulegen. 80-95% muss auf 95% ge-ändert werden, ein klimaneutraler Gebäudezustand bis 2050 ist zwingend notwendig. • Wie ist der Zeitplan des Gebäudeenergiegesetzes? • EnEV-KfW-Effizienzhaus 55: Standards sind ausreichend für 2050-Ziel, aber

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>nicht für 2020 mit Blick auf zu sanierenden Bestand. Effektivität ist notwendig.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fossile Energieträger zu billig. Eine Bepreisung über Steuern wäre auch sozialverträglich. • Die Entwicklung des Gebäude-CO2-Sanierungsprogramms wird begrüßt und sollte weiter aus-gebaut werden. • Den „Wald“ an Fördermaßnahmen bitte übersichtlicher gestalten, damit sie leichter umzusetzen sind. • Energieausweis: Auf Qualität achten, da hier Kontakt mit dem Mieter entsteht. Dies schafft Akzeptanz. • Austausch zwischen den Banken: Bitte an die Bank Wirtschaft, dieselbe Dynamik bzgl. neuer Märkte, Produkte auch beim Klimaschutz einzusetzen.
Umwelt	Christiane Averbeck Klima-Allianz Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Wie findet die Verschneidung der partizipativen Prozesse zum APK und zum Klimaschutzplan 2050 statt?
Gewerkschaften	Cristina Ganter Deutscher Olympischer Sportbund	<ul style="list-style-type: none"> • Nun folgt der Blick von Non-profit-Akteuren. • Das Bündnis benötigt Profil und die Arbeitsweise sollte verfestigt werden. Im Klimaschutzplan 2050 wird dem Bündnis eine größere Rolle eingeräumt. • Es ist notwendig von Seiten des BMUB darzustellen, warum Vorschläge von Banken (nicht) übernommen werden bzw. wurden. • Häufig geht es um Wohngebäude, es sollte differenzierter zwischen verschiedenen Gebäudetypen unterschieden und stärker auf Nicht-Wohngebäude eingegangen werden. Denn gerade hier ist eine diverse und sehr spezielle Eigentümerstruktur zu finden. Bsp. Sportbund: 250.000 Sportstätten bedeutet zudem ein großer Bestand. • Im APK werden zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich „Gebäude“ nicht speziell benannt und nur teilweise integriert. Ein erster Schritt ist durch die Kommunalrichtlinie erfolgt und ähnliches wird erhofft für die Zukunft.
Gewerkschaften	Reinhard Benhöfer Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Ev. Kirche Deutschlands	<ul style="list-style-type: none"> • Übereinstimmung mit der Umwelt-Bank und Fr. Ganter der Bank Gewerkschaften. • Es wird deutlich, dass die Sektoren mit der deutlichsten Zielverfehlung Verkehr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>und Landwirtschaft sind. Es gibt weitere Ziele über den Klimaschutz hinaus, z.B. Lärm, Feinstaub, Umweltgerechtigkeit im Verkehr, die ebenfalls mitberücksichtigt werden sollten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unklar bleibt in dem Klimaschutzbericht, wie die Ziele dennoch erreicht werden können. • Es gibt Fehllenkungen, die immer noch nicht angesprochen werden, obwohl sie den Steuerzahler nichts kosten. Beispiel Dienstwagenprivilegierung oder auch, dass als Kriterien für Energieeffizienz-Klassen nicht mehr der Verbrauch, sondern das Gewicht eine Rolle spielen sollte. • Warum werden diese schnell hebbaren Potenziale nicht ausgeschöpft? • Landwirtschaft: Es wurde zu lange auf das neue Düngemittelrecht gewartet weshalb immer noch Nachholbedarf besteht. Dadurch sind bereits Kollateralschäden (Eutrophierung bei Wasser, Biodiversität, etc.) entstanden. • Darüber hinaus ist es nach wie vor fraglich, ob das künftige Düngerecht für die Zielerreichung im Landwirtschaftssektor ausreichend ist. Für diesen Fall ist zu klären, wie in der Landwirtschaft das Ziel erreicht werden kann.
Wissenschaft	Dr. Peter Moser Institut dezentrale Energietechnologien (IdE)	<ul style="list-style-type: none"> • Der Bericht gefällt gut, hat zentrale Aussagen. • Es fehlen Energie bezogene Aussagen. • Die Umsetzungsebene ist auch auf kommunaler/ regionaler Ebene wichtig, d.h., die Ziele sollten auf die kommunale und regionale Ebene heruntergebrochen werden. • Praktische Übersetzung bzw. Verschränkung der Akteure und Sektoren ist zentral. • Twinning-Projekt Klimaschutzmanager: Die Umsetzungsebene fehlt im Bericht. • Der Bericht ist auch ein Kommunikationsinstrument: Themen priorisieren, Bebilderung integrieren.
Wissenschaft	Sibyl Steuer BPIE	<ul style="list-style-type: none"> • Grünbuch Energieeffizienz: Was bedeutet „Energy efficiency first“ in der Praxis? • Aufkommende Konkurrenz zwischen erneuerbaren Energien und Energieeffizienz im Gebäude ist

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>besorgniserregend. Beides ist aber parallel notwendig und auch möglich.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir befinden uns in einer konkreten Entscheidungssituation: Es geht um einen Zielkorridor, die Vermeidung von Lock-in-Effekten und den volkswirtschaftlichen Nutzen. Maßnahmen müssen nach Gebäudetypologie-spezifischen Werten differenziert werden. Flankieren durch EPBD hinsichtlich der Setzung von Langfristzielen: Bedeutung klimaneutraler Gebäudebestand – z.B. hohe Wärmeschutzanforderungen.
Entwicklung	Jan Kowalzig Oxfam	<ul style="list-style-type: none"> Der Klimaschutzbericht trägt zur Transparenz bei. Es liest sich aber, als würden wir das 40%-Ziel verpassen, insbesondere wenn die Lücke sogar größer ausfällt als geschätzt und wir gemäß Bericht am unteren Rand landen. Aus Sicht der Entwicklungshilfeorganisationen hat Deutschland eine globale Verantwortung gegenüber dem globalen Süden. Nichts zu machen im Wahlkampf bedeutet, dass wir das 40%-Ziel aufgeben. Es sollte im Berichtsentwurf stehen: Wenn wir das 40%-Ziel ernst nehmen, müssen wir uns damit auseinandersetzen und nicht erst 2018 den Fortschritt überprüfen. Gerade auch vor dem Hintergrund der Überprüfung der Ziele von Paris im Jahr 2018 sollte in Deutschland die Debatten frühzeitig geführt werden.
Land & Forst	Gerolf Bücheler Deutscher Bauernverband	<ul style="list-style-type: none"> LULUCF: Der Forstbereich wurde aus dem Bericht entfernt, sollte aber wie auch im letzten Jahr drinbleiben, da der Forstbereich eine wesentliche Senke darstellt. Quellprinzip wurde offenbar verlassen, denn nun ist auch der landwirtschaftliche Verkehr bei Landwirtschaft bilanziert. Dann müsste eigentlich auch Bioenergie anders bilanziert werden. Der Beitrag zur Emissionsminderung wurde auf 1 Mio. t CO₂ reduziert (PwC rechnet noch mit 3,4 Mio. t CO₂; Projektionsbericht geht ebenfalls von höheren Werten aus) und dies aufgrund der Änderung der Emissionsfaktoren. Auf diese Änderung sollte im

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Klimaschutzbericht explizit hingewiesen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Bank Land & Forst hat in der letzten Sitzung Konsensvorschläge präsentiert, wie die Lücke geschlossen werden kann. Für Vorschläge zu Maßnahmen sei hierauf verwiesen, u.a. Förderung des dezentralen Biokraftstoffeinsatz in der Land- und Forstwirtschaft, die verstärkte Vergärung von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen (Vermeidung von Methanemissionen aus Wirtschaftsdünger), verstärkte Beratung hinsichtlich effizienter Düngung, Moore-, Forschungs- und Demonstrationsvorhaben zu wiedervernässten Mooren. Aber auch Wirtschaftlichkeit durch Ausgleichszulagen für Grünlanderhalt, Senkung der Lebensmittelverschwendung, sowie Information über Klimawirkung (saisonal, regional) im Ernährungsbereich. • Forstwirtschaft: Ein standortgerechter Umbau, eine Veränderung der Waldzusammensetzung (mit größtem THG-Einsparpotenzial), die Erhöhung stofflicher Nutzung langlebigen Holzpotenzials (insbesondere im Bau sind bis zu 30 Mio. t CO₂ möglich) sind darüber hinaus Optionen.
Mittelstand	Judith Röder ZGV	<ul style="list-style-type: none"> • Energieaudits: Die Evaluation läuft und 2016 sind noch erste Ergebnisse zu erwarten. Was ist hiervon im finalen Klimaschutzbericht zu erwarten? • Alle Nicht-KMU, auch verbundene Unternehmen sind betroffen. Werden diese gesondert betrachtet? Dies wäre ein großer Aufwand.
Länder	Martin Krings Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • Das 40%-Ziel soll nicht aufgegeben werden. • Es setzen sich bereits viele Länder aktiv Ziele, u.a. NRW, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin. • Letzte Woche wurden erst 100 Mio. EUR für Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. • Im Klimaschutzbericht sind Länderanstrengungen nicht quantifiziert. Es sollte aber versucht werden auch weitere Länder zu weiteren Anstrengungen zu motivieren.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<ul style="list-style-type: none"> • Eine flankierende Zielunterstützung auf Länderebene erfolgt bereits, die weitere Zusammenarbeit ist wichtig.
Verkehr	Norbert Mauren Verband Deutscher Verkehrsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> • Als Rückmeldung der Bank könnten folgende Ideen in den Bericht einfließen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Erdgas: Energiesteuerermäßigung ○ E-Mobilität: Es gibt viele Förderprogramme zu unterschiedlichen Energieträgern, aber wenig zu Ladeinfrastruktur, gerade für Linienbusse.

Antworten

Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:

Das 2020-Ziel mit einer THG-Reduktion ggü. dem Jahr 1990 um 40% wird explizit nicht aufgegeben. Die Aussage des Klimaschutzberichts ist: Wenn jetzt nicht mehr getan wird, dann wird das Ziel nicht erreicht. Es wird nur das gerechnet, was rechenbar ist. Wir reden von einer perspektivischen Lücke. Dies ist nicht zu verwechseln mit der eine realen Lücke, die jährlich ermittelt wird. Es ist unbestreitbar, dass Zusätzliches getan werden muss und wir werden nicht bis 2018 warten.

Aktuell befindet sich der Bericht in der Ressortabstimmung. Andere Ressorts haben ggf. auch andere Prioritäten. Ressorts werden sich der Problematik aber immer bewusster, was auch im Rahmen des Klimaschutzplans offensichtlich geworden. Der Prozess der letzten drei Jahre war anstrengend, hat aber zur Entwicklung beigetragen, dass innerhalb der Bundesregierung ein gemeinsames Verständnis zu einer gemeinsamen Verantwortung vorhanden ist. Ich fühle uns in dem von uns eingeschlagenen Weg bestätigt. Vor 2018 werden eine Reihe von Maßnahmen so aufbereitet, dass grundlegende Entscheidungen getroffen werden können, wie die Lücke zu schließen ist.

Zum Thema Kohle: Die Braunkohle-Reserve ist nicht das Instrument, das ursprünglich vom BMUB oder BMWi angedacht war. Es ist eine Überprüfungsschleife für Braunkohle eingebaut. Es ist aber wenig zielführend, einen Streit über eine zusätzliche Stilllegung 2017 zu beginnen. Im Rahmen des Prozesses (Klimaschutzplan 2050 – Strukturwandel etc.) wird diese Diskussion sicherlich erneut aufgegriffen. Ungeachtet dessen sollten aber auch weitere Potenziale zur Schließung der Lücke identifiziert werden. Dies wird final bei der Regierungsbildung entschieden.

Für den Gebäudesektor sind mit dem aktuellen Sektorziel des Klimaschutzplans keine zusätzlichen Verschärfungen verbunden, da sich dies sowohl mit den Ergebnissen der Energieeffizienzstrategie Gebäude als auch den prognostizierten Minderungswirkungen des Projektionsberichts decken.

Energy efficiency first vs. erneuerbare Energien: Es gibt Grenzen beim Ausbau Erneuerbarer, die nicht nur naturwissenschaftlich, sondern auch akzeptanzbedingt sind. Diese sollten nicht vergessen werden.

Der Klimaschutzbericht ist keine Publikumsbroschüre. Es ist ein Bericht, der zum Umsetzungsstand des APK Rechenschaft ablegt, deshalb sind auch nicht Maßnahmen aus dem Beteiligungsprozess zum Klimaschutzplan 2050 enthalten.

Auf den Beteiligungsprozess wird noch mal im Abschlusswort eingegangen.

BMUB	Berthold Goeke	<ul style="list-style-type: none"> • Auf S. 69 des Klimaschutzberichts steht, dass die Mietrechtsnovelle noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten soll. • In Kürze wird voraussichtlich die Ressortabstimmung zur
------	----------------	---

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		Zusammenlegung des EEWärmeG und EnEV im Gebäudeenergiegesetz eingeleitet.
<p>Antwort Dr. Ralph Harthan (Öko-Institut)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kleine Fragen zum Bericht (Energieaudit, Quellprinzip, Düngemittel) können bilateral geklärt werden. • Robustheit der geschätzten Einsparungen. Mit der fortschreitenden jährlichen Aktualisierung der Schätzung der jeweiligen Minderwirkung ist auch von einer ansteigenden Verlässlichkeit der Schätzung auszugehen. • Mit der Aktualisierung der Schätzung der Minderwirkung der einzelnen Maßnahmen wird keine Aussage zur Lücke getroffen, sondern nur Bezug zum Korridor von 62-78 Mio. t CO₂ genommen. • Überlappungseffekte/Rebounds werden im Quantifizierungsbericht dargestellt. Es gibt Unsicherheiten und Überlappungen mit anderen Maßnahmen, vor allem bei flankierenden Maßnahmen. • Im Bereich Verkehr sind Einsparungen sehr gering. Die Frage kann nicht beantwortet werden, ob das Ziel gar nicht erreicht wird oder erst nach 2020. 		
BMUB	Ursula Fuentes-Hutfilter	<ul style="list-style-type: none"> • Die Quantifizierung hatte ausschließlich den Fokus auf die Wirkung der Maßnahmen des APK. • Die Differenz von 20 Mio. t CO₂ ist nicht mit einer Lücke gleichzusetzen. • Das Kapitel Aktionsbündnis im Bericht reflektiert die Vorschläge der Bänke. • Quellprinzip: Das Vorgehen im Sektor Verkehr ist konform mit internationaler Berichterstattung.
<p><i>Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:</i> Wie gehen wir mit Beteiligungsprozessen um? Es gibt viel Kritik, trotz eigentlich gutem Willen. Wie verbindet man partizipative Prozesse mit politischen Entscheidungen? Sobald man anfängt zu reden, kommen Sorgen ans Licht. Die Evaluierung des Beteiligungsprozesses zum Klimaschutzplan 2050 ist aktuell ausgeschrieben, das Ergebnis wird u.a. in gesonderter Veranstaltung präsentiert. Das Thema Beteiligung betrifft das Aktionsbündnis sowie den Klimaschutzplan 2050. Eventuell kann die Ausgestaltung der Beteiligung des Aktionsbündnisses über 2020 hinaus auch Gegenstand einer der nächsten Sitzungen sein. Die Stellungnahmen der Bänke zum Klimaschutzbericht dürfen bis 05.12.2016 eingereicht werden, der Klimaschutzbericht soll am 14.12.2016 ins Kabinett eingebracht werden. Die Fortführung des Aktionsbündnisses geht über nächstes Jahr hinaus, also auch unter der neuen Regierung. Der Klimaschutzplan 2050 soll in Zukunft durch sektorspezifische Maßnahmen konkretisiert werden, und das Aktionsbündnis soll dies begleiten. Am 27.04.2017 ist die nächste Sitzung des Aktionsbündnisses. Schwerpunktthemen sollen Industrie und Finanzen sein und auf Wunsch wird das Thema Gebäude aufgenommen. Der Finanzsektor spielt eine große Rolle im Transformationsprozess, aber auch in der Finanzarchitektur (Abgaben-, Steuersystem, Anreizsystem: falsche Marktsignale vermeiden). Vor der nächsten Wahl ist es schwer zu schaffen, die gesamte Debatte bzgl. u.a. Umschichtung oder Verteilung zu führen. Grundlagen werden also gelegt, Studien sind in Auftrag gegeben.</p>		
Kommunen	Cornelia Rösler Deutsches Institut für Urbanistik	<ul style="list-style-type: none"> • Die Bänke sollen über den eigenen Tellerrand hinausgucken und dies im Beteiligungsprozess mitdenken.
<p><i>Abschlussbemerkung Staatssekretär Flasbarth:</i></p>		

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
		<p><i>Der Appell wird so an die Schwerpunkt-Bänke (Gebäude, Industrie, Finanzen) der nächsten Sitzung weitergegeben. Für die Diskussion der Sitzung stimmt grundsätzlich die Gesamtmischung: Es werden sowohl strukturelle als auch projektbezogene Themen erörtert.</i></p> <p><i>Danke an alle für die rege Teilnahme und Beiträge.</i></p>